Wortprotokoll 29. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode

Donnerstag, 1. Oktober 2026, 19.00 Uhr
im Rathaussaal

Anwesend	37 Mitglieder des Gemeinderats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Baumann, GR Sawo, GR Schiess
Absolutes Mehr	19
Später eingetroffen	
Vorzeitig weggegangen	
Vorsitz	GRP Sunniva Bitschnau
Protokoll	

Traktanden

Protokollgenehmigung
1. Protokoll der Sitzung vom 3. September 2026

Einbürgerungen
2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Botschaften
3. Budget 2027 Stadt Kreuzlingen

Verschiedenes
4. Verschiedenes

Die Ratspräsidentin begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Traktandenliste

Die Ratspräsidentin stellt die Traktandenliste zur Diskussion. Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung
1. Protokoll der Sitzung vom 3. September 2026

Abstimmung
Das Protokoll wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Einbürgerungen
2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Die Ratspräsidentin: Gegen die Einbürgerung Nr. 7 wurde ein Gegenantrag eingereicht. Gegen die Einbürgerungsanträge Nr. 1 bis 6 und 8 bis 17 liegen keine schriftlich begründeten Einwände vor.

Entscheid
1. Die Einbürgerungsanträge Nr. 1 bis 6 und 8 bis 17 der Einbürgerungskommission werden genehmigt.
2. Das Einbürgerungsgesuch Nr. 7 wird gemäss Gemeindeordnung der Stadt Kreuzlingen Art. 26 Abs. 3 ohne Diskussion zurückgestellt.

Botschaften
3. Budget 2027 Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Andres: Wir haben das Budget 2027 am 10. und 17. September in der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission behandelt. Das Budget sieht einen gleichbleibenden Steuerfuss und einen Aufwandüberschuss von rund CHF 1.3 Mio. vor. Dabei ist zu beachten, dass wie in den letzten Jahren das Budget beim Kerngeschäft ohne den finanziellen Bereich ein höheres Defizit ausweisen würde. Das betriebliche Ergebnis beträgt nämlich minus CHF 3.8 Mio. Allerdings zeigt der Forecast für dieses Jahr zum heutigen Zeitpunkt statt des budgetierten Defizits wieder ein kleines Plus von CHF 100'000 an. Man darf also hoffen, dass auch im Jahr 2027 das Ergebnis vielleicht besser ausfällt als geplant. Die Investitionsrechnung sieht einen Mitteleinsatz von CHF 26 Mio. vor. Das sind rund CHF 6 Mio. mehr als im Vorjahr. Wesentliche Investitionen sind in den Bereichen Verwaltung, Kultur, Sport und Verkehr vorgesehen. Ich habe mir erlaubt, diese Beträge ein bisschen zu runden. Für die Sanierung der Verwaltungsliegenschaften Stadthaus, die vom Volk angenommen worden ist, sind CHF 5 Mio. veranschlagt, für das Kulturzentrum CHF 4 Mio., für den sportlichen Bereich (Eissport, Fussball und Schwimmsport in der Bodensee-Arena, dem Fussballplatz Klein-Venedig und im Schwimmbad Hörnli) zusammengefasst rund CHF 5 Mio. Im Bereich Verkehr für Gemeinde- und Kantonsstrassen CHF 5 Mio. sowie CHF 2.5 Mio. für den Agglomerationsverkehr. Die Stadt ist überzeugt, dass trotz der grossen Investitionen, die den Finanzhaushalt stark beanspruchen, von einer guten finanziellen Ausgangslage ausgegangen werden kann. Auch bei einer höheren Verschuldung sollten die notwendigen Voraussetzungen vorhanden sein, damit die anstehenden Investitionen verantwortungsvoll umgesetzt werden können. Der Stadtrat hat angekündigt, dass er die wirtschaftliche Entwicklung intensiv verfolgen und den Finanzplan laufend anpassen wird, dies mit dem Ziel, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Investitionen, Verschuldung und finanzieller Tragbarkeit zu erreichen. Vonseiten der Mitglieder der FRK gab es Voten, dass neben all den Verpflichtungskrediten, die das Volk bereits bewilligt hat, weitere CHF 7 Mio. Investitionen vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, ob das finanzpolitisch gesund sei. Darauf hat die Stadt geantwortet, es handle sich um Projekte, die umgesetzt werden müssten. Der Stadtrat plane nur Projekte, die er als notwendig erachte. Ausserdem enthalte das Budget auch Positionen, über die die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entscheiden können, ob sie diese wollen oder nicht, zum Beispiel die Sanierung des Fussballplatzes Klein-Venedig oder auch den Folienersatz im Sport- und

Schwimmbecken im Hörnli sowie den Einbau von SwimEye, das zur Sicherheit beitragen soll. Ein weiteres Thema war wie auch schon in früheren Jahren das Feuerwehrmuseum. Inzwischen wurden ein Ausstellungskonzept und ein Betriebskonzept erarbeitet. Zu letzterem wurde die Forderung eingebracht, dass nochmals daran gearbeitet wird, sodass die GKS nochmals über diese Konzepte befindet und der Stadtrat nach vorheriger Anhörung dieser Kommission entscheiden kann, bevor die Mittel, die für das Feuerwehrmuseum jetzt ins Budget eingestellt sind, freigegeben werden können. Ein weiteres Thema waren auch die Stellen. Das Budget sieht gegenüber dem Vorjahresbudget einen erhöhten Personalaufwand von rund CHF 1 Mio. resp. 4 % vor. Im Gegensatz zum letzten Jahr, wo die Erhöhung um 8.9 Stellen zu keinen Anträgen führte, wurden diesmal verschiedene Anträge gestellt, um den geplanten Anstieg von 6.45 Stellen auf 178.35 Vollzeitstellen zu senken resp. zu begrenzen. Unbestritten sind die Stellen in den Bereichen in der Abteilung Finanzen (Veranlagungswesen und IT), in der Abteilung Gesellschaft und Liegenschaften (insb. die Stellen in den gut besuchten Bädern) sowie in den Abteilungen Soziale Dienste im Bereich der Berufsbeistandschaft. Klärungsbedarf und Diskussionen gab es aber in Bezug auf die Personalplanung im Bereich Sozialhilfe. Umstritten waren in der Kommission die Stellen im Bereich der Bauverwaltung, in der eine 100%-Stelle im Bereich GIS-Sachbearbeitung geschaffen werden soll. Dabei wurde gefragt, ob es mit den Digitalisierungsschritten bei der Bauverwaltung nicht möglich sei, die Leistungen ohne zusätzlichen Personalaufbau zu erbringen. Zu dieser Stelle wurde ein Streichungsantrag gestellt, der mit 3 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt wurde. Verschiedene Anträge gab es im Bereich Sicherheit und Häfen zur 40%-Stelle Administration und Einsatzplanung Feuerwehr, die geschaffen werden soll. Der Antrag, über den letztlich abgestimmt wurde, sah 20 % fix und 20 % befristet auf zwei Jahre vor, bis die Einsatzplanung der Feuerwehr aufgesetzt ist. Dieser wurde mit 4 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen knapp abgelehnt. Ein Antrag auf Reduktion der geplanten Stellenerhöhung wurde bei der Stadtkanzlei gestellt, und zwar im Bereich Sachbearbeitung Kanzlei inkl. Stellvertretung Bestattung von 100 % auf 50 %. Die Stadt argumentierte, dass unter anderem der Bereich Bewilligungen wesentlich anspruchsvoller geworden sei, dass insgesamt zu wenig Ressourcen vorhanden sind und eine Stellvertretung beim Bestattungsamt zu wenig abgesichert sei. Dieser Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag wurde zur WC-Anlage beim Emmishoferzoll gestellt, diese nicht zu ersetzen. Diese wurde mit 3 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Der Stadtrat beantragt, CHF 150'000 für die Personalbedarfsplanungsanalyse aus dem Budget zu streichen, weil das entsprechende Postulat vom Gemeinderat abgelehnt wurde. Ein Antrag wurde zur Mitarbeiterumfrage gestellt. Mit 7 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung wurde der Antrag auf Streichung aus dem Budget und Verschiebung auf das Jahr 2028, wenn die neuen Departementschefinnen im Amt sind, angenommen. Ein Antrag wurde zu Honoraren für Externe im Bereich Einwohneramt und Einbürgerungen gestellt. Aus Transparenzgründen wurden diese Kosten auf zwei Konten verteilt. Es wurde vereinbart, dass für das Einbürgerungswesen eine separate Aufstellung gemacht wird, damit neben der Höhe der Falllast ersichtlich wird, was für Einnahmen und Ausgaben dort vorhanden sind. Dieser Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Ein weiterer Antrag wurde zum Bereich Projektkosten Massnahmen Klima gestellt, wo CHF 72'000 vorgesehen sind, darunter CHF 19'000 für eine Potenzialstudie für das Treibhausgase-senken-Projekt. Der Antrag auf Streichung dieser CHF 19'000 wurde mit 3 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung hat die klare Mehrheit der Kommission mit 6 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen das Budget dem Gemeinderat zur Annahme empfohlen.

GR Lorenzelli: Die MITTE/EVP-Fraktion hat das Budget 2027 beraten. Wir sind zum Schluss gekommen, dass das Budget gut ausgearbeitet ist. Wir haben gehört, dass es in der Kommission relativ viele Anträge zu den Stellen gab. Über dieses Thema haben auch wir sehr intensiv diskutiert. Auch wenn wir glauben, dass das Budget eigentlich gut ausgearbeitet ist, machen wir uns Sorgen darüber, dass die Verwaltung stetig wächst, in diesem Budget um 6.5 Stellen. Wir haben nachgerechnet. Im Fünfjahresplan sind jährlich durchschnittlich 8.4 Stellen hinzugekommen. Wenn ich dazu einen Blick in den Finanzplan werfe, steht dazu interessanterweise ein Satz: "Zur Sicherstellung der erforderlichen personellen Kapazitäten wurde zudem ein Zuwachs der Personalaufwendungen in der Höhe von jährlich 1 % berücksichtigt. "Das passt irgendwie nicht mit dem zusammen, was wir in den letzten Jahren gesehen

haben. Die budgetierten Personalaufwendungen sind in den letzten Jahren jährlich um etwa 4 bis 5 % gestiegen. Entweder der Trend beginnt jetzt zu bremsen, oder der Finanzplan ist vielleicht zu optimistisch. Wir verstehen, dass die Stadt wächst und damit auch die Aufgaben. Aber die Personalkosten sind langfristige Kosten. Was wir heute beschliessen, bezahlen wir auch in zehn Jahren noch. Natürlich soll das Budget die Finanzen für das nächste Jahr sichern, aber natürlich auch für künftige Innovationen Handlungsspielraum lassen. Deshalb schauen wir genau hin und hoffen, dass die geplante Personalbedarfsanalyse dann auch Sparpotenzial aufzeigt. Wir anerkennen aber, dass die budgetierten Stellen notwendig sind und werden den Budget einstimmig zustimmen.

GR Salzmann: Die MITTE/EVP-Fraktion macht sich Sorgen über die Stellenausweitung. Das finde ich gut, darüber mache ich mir auch Sorgen. Ihr habt heute auch noch Gelegenheit, euren Sorgen auch Ausdruck zu verleihen in Form von Reaktionen auf Anträge zu Stellen. Alle Grossprojekte sind nun politisch entschieden, sodass nun darauf reagiert werden kann. Das Budget 2027 allerdings präsentiert sich sehr ähnlich zu denjenigen der Vorjahre. Der Stadtrat gelobt Sparsamkeit, obwohl er eine solche nicht lebt – so wie jedes Jahr. Er spricht auf Seite 1 von gezielten strukturellen Massnahmen, kann aber keine benennen. Wahrscheinlich meint er eben diese Stellenausweitungen. Der Stadtrat spricht auf Seite 5 von gezielter Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und sieht da offensichtlich keinen Widerspruch zu seiner geplanten Steuerfusserhöhung bis 71 % im Jahr 2033. Ohne Feuerwehrmuseum würde die Stadt wahrscheinlich nicht mehr funktionieren, deshalb bleibt es im Budget. Rat & Tat ist auch überlebenswichtig und so weiter und so fort. Wir haben letztes Jahr hier im Rat viele Sparvorschläge gemacht, die alle gemäss dem stadträtlichen Budget und der Mehrheit der FRK unbedingt weiter finanziert gehören. Schwer müssig, jetzt alles erneut zu wiederholen, aber ein paar Versuche machen wir von der FDP-Fraktion. Die FRK lehnt jedes Masshalten ab. Alle zwei Dutzend Sparvorschläge von unserer Seite wurden abgelehnt. Die FDP-Fraktion wartet den Verlauf der Debatte und die Resultate der sicherlich zahlreichen Änderungsanträge ab und wird es davon abhängig machen, ob wir diesem Budget zustimmen oder nicht.

GR I. Semeraro: Die SVP-Fraktion hat das Budget 2027 intensiv diskutiert. Zwar fällt der budgetierte Aufwandüberschuss tiefer aus als im Vorjahr, gleichzeitig steigen aber sowohl die Personal- als auch Sachaufwendungen weiter deutlich an. Aus unserer Sicht fehlt weiterhin ein erkennbarer Wille, die Ausgaben konsequent zu überprüfen und echte Einsparungen vorzunehmen. Eine umfassende Leistungsüberprüfung ist daher umso wichtiger. Kritisch sehen wir auch, dass erneut zusätzliche Stellen geschaffen werden. Insgesamt ist eine Aufstockung von 6.45 Stellen vorgesehen. Wir erwarten, dass zuerst geprüft wird, ob Aufgaben effizient organisiert oder bestehende Ressourcen besser eingesetzt werden können. Die SVP-Fraktion wird den Kommissionsanträgen grossmehrheitlich zustimmen. Wir behalten uns vor, gegebenenfalls noch Anträge einzubringen oder andere Anträge zu unterstützen. Wie bereits in den vergangenen Jahren ist für uns auch im Budget 2027 kein klarer Sparwille erkennbar. Das ist letztendlich der entscheidende Grund, warum die SVP-Fraktion das Budget 2027 ablehnt.

GR R. Herzog: Erlauben Sie mir zuerst zwei Reaktionen. Wenn man den Nettostellenanstieg in den letzten fünf Jahren berücksichtigt, müsste man zum Beispiel auch berücksichtigen, dass die Stadt die Bäder übernommen hat. Das sind nicht neue Stellen, sondern es ist einfach eine Verschiebung von der Schule bzw. einer Genossenschaft zu der Stadt. Dies der erste Punkt. Was uns wohl fundamental unterscheidet von den vorherigen Voten ist, dass wir als Fraktion überzeugt sind, dass der Stadtrat und die Verwaltung sehr wohl geprüft haben, was man braucht und was man nicht braucht. Wahrscheinlich, das ist eine Unterstellung von mir, gäbe es durchaus Sachen, die die Abteilungen gern auch noch gehabt hätten, die dann aber im Budgetprozess herausgestrichen wurden. Das sieht man jetzt nicht, und wir stören uns daran, dass einfach so behauptet wird, der Stadtrat habe keinen Sparwillen gezeigt und er mache gar nichts. Das glauben wir nämlich schlichtweg nicht. Die SP/GEW/JUSO-Fraktion zeigt sich zufrieden mit dem vorliegenden Budget 2027. Wir sind der Ansicht und der Überzeugung, dass der Stadtrat und die Verwaltung verantwortungsbewusst agieren und budgetieren. Jedes Budget ist ein Kompromiss. Es gibt auf der einen Seite Erwartungen, die von verschiedensten Seiten kommen, was die Stadt leisten soll. Diese Erwartungen sind stark von der eigenen Lebenssituation der einzelnen Personen abhängig, von politischen und anderen Vorstellungen, die man hat und divergieren deshalb stark. Junge Familien haben andere Bedürfnisse als Senioren. Pendlerinnen halten andere Leistungen für sehr wichtig als

jemand, der am gleichen Ort arbeitet und wohnt und so weiter. Deshalb ist es grundsätzlich falsch zu argumentieren, man müsse dem Bürger, der Bürgerin eine steuerliche Entlastung gewähren. Es gibt den Bürger und die Bürgerin eben schlichtweg gar nicht, sondern es gibt nur Leute in dieser Stadt, die unterschiedliche Bedürfnisse haben, unterschiedliche Voraussetzungen und unterschiedliche Möglichkeiten. Jetzt kommt man entweder den einen ein bisschen mehr entgegen oder man kommt den anderen ein bisschen mehr entgegen, aber man wird nie alle mit einem Entscheid erfreuen. Was aber untrüglich feststellbar ist, sind ein paar Tendenzen, die den finanziellen und personellen Druck in der Stadt erhöhen. Einerseits kantonale und Bundesaufgaben, die nach unten delegiert werden, sauber und elegant an die unterste Stufe, die sie nicht mehr weiter delegieren kann. Weiter steigende technische und rechtliche Anforderungen. Wir haben es schon oft gehört, es gibt eine Flut an Einsprachen und Rekursen, die behandelt werden müssen, was finanzielle Konsequenzen hat, aber auch einen personellen Bedarf für deren Bearbeitung zur Folge hat. Die Erwartungen von Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Stadt, die sich direkt in Volksabstimmungen niedergeschlagen haben oder eben auch nicht, aber nicht zuletzt auch Forderungen und Erwartungen aus der Politik, also von uns selber. Diesen Anforderungen muss die Stadt mit den entsprechenden personellen Ressourcen Rechnung tragen können. Die Vorstellung, dass mit der fortschreitenden Digitalisierung Personal eingespart werden kann, ist eine weitverbreitete Illusion. Gewisse Arbeitsabläufe können effizienter gemacht werden, dafür braucht es umgekehrt für genannte Aufgaben wiederum mehr Personal. Das ist nicht nur spezifisch in der Stadt so, das ist doch überall, in jedem Betrieb, auch in der ganzen Gesellschaft ein Phänomen. Wäre das nämlich nicht so, auch in der Wirtschaft oder der Gesellschaft, müsste es eigentlich eine deutlich steigende Arbeitslosigkeit geben, wenn man die Leute nicht mehr brauchen würde, die durch die Digitalisierung wegrationalisiert werden. Das hätte auch sinkende Preise zur Folge. Wir wissen aber alle, dass das nicht der Fall ist. Wieso? Weil eben trotz oder wegen Digitalisierungsentwicklungen neue Leistungen und Bedürfnisse entstanden sind, die ihrerseits wiederum Personal und finanzielle Ressourcen binden. In diesem Sinn hat die SP/GEW/JUSO-Fraktion Verständnis für die Stellenanträge und wird diese auch unterstützen. Ich möchte kurz zurückkommen auf die Bedürfnisse von Bewohnerinnen und Bewohnern von Kreuzlingen. Die kürzlich publizierte Studie der UBS zum Städte-Ranking zeigt nämlich deutlich auf, dass beispielsweise die steuerliche Belastung in einer Gemeinde nicht entscheidend dafür ist, wie attraktiv diese Stadt oder Gemeinde eingeschätzt wird. Jedenfalls nicht für den grössten Teil der Bevölkerung. Für einen kleinen Teil vielleicht durchaus, aber nicht für die grosse Zahl der Bevölkerung. Lage, Infrastruktur, Kulturleistungen, sportliche Leistungen etc. sind mindestens so wichtig, wenn es darum geht, die Attraktivität eines Wohnorts einzuschätzen. Das zeigt sich klar in der UBS-Studie, und die UBS ist wohl keine SP-Anstalt. Zudem zeigt diese Studie auch erneut auf, dass ein tieferer Steuerfuss meistens an höhere Wohnkosten gekoppelt ist. Höhere Wohnkosten erzeugen aber höhere Lebenshaltungskosten, das frisst sich gegenseitig für viele Leute wieder auf. Nimmt man diese Erkenntnisse ernst, kann man eigentlich drei Schlussfolgerungen ziehen. 1. Standortattraktivität entsteht durch eine gewisse Grösse einer Gemeinde – diese hat Kreuzlingen – und durch die Leistungen, die die Gemeinde zum Beispiel im Bereich von Kultur, Infrastruktur, Sport usw. erbringt. 2. Es gilt, eine gute Balance zu finden zwischen der Höhe des Steuerfusses und den Lebenshaltungskosten sowie den erwähnten Leistungen der Gemeinde. Aus unserer Sicht ist da Kreuzlingen eigentlich auf einem guten Weg. 3. Letztere, die Leistungen einer Gemeinde, sind stark abhängig von der Wohnsituation und den Wohnkosten. Da muss die Stadt ihren Einfluss geltend machen, und das durch eine geschickte Landpolitik und Wohnbaupolitik. In diesem Sinn wird die SP/GEW/JUSO-Fraktion dem Budget zustimmen.

GR Wolfender: Ich mache es ein bisschen kürzer als mein Vorredner. Wir in der FL/G/GLP-Fraktion haben das vorliegende Budget eingehend diskutiert. Im Grossen und Ganzen sind wir für einmal einstimmig für die Annahme der Vorlage. Es ist eine komplexe Materie. Durch die transparente Gestaltung können wir auf die erklärungswürdigen Punkte hinweisen und diese auch diskutieren. Zum Beispiel: Wie können wir uns in dieser finanziellen Situation ein Fest zur Wahl der Präsidentin des Grossen Rats für CHF 50'000 leisten? Auch die Personalsituation in der Stadt haben wir diskutiert. Die einzelnen Stellenerhöhungen wurden in der Kommission gut erklärt – da kann man dafür oder dagegen sein. Bei diesem Punkt würden wir uns aber wünschen, dass die unbefristeten und die befristeten Stellen in der Aufstellung besser voneinander getrennt würden und nicht nur im Text erklärt, sondern auch im Total

von den Stellen abgezogen werden. Den einen oder anderen Anträgen, die heute Abend noch gestellt werden, werden wir zustimmen. Und wie bereits gesagt, machen wir das auch so beim gesamten Budget.
GR Schulthess: Selbst ein ganz kurzer Rundgang in Bottighofen zeigt auf, dass die von GR R. Herzog erwähnte Studie bezüglich Unwichtigkeit des Steuerfusses für Unternehmen und für Private nicht ganz richtig sein kann, jedenfalls für ganz viele Leute nicht. Das Budget steht im Zeichen eines stark steigenden Personalaufwands von 4.1 %, und das erst noch, so schreibt es auch der Stadtrat stellenweise, für Stellen, die auf Vorrat geschaffen werden. Oft sagt der Stadtpräsident, wir haben ein Problem auf der Ertragsseite. Die Liegenschaftssteuer, die wegfällt, setzt uns in Bedrängnis. Das ist ein Feigenblatt, das ist einfach nicht wahr. Wir haben ein Problem auf der Aufwandseite. Wenn man das Budget in Ordnung bringen und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik betreiben möchte, müsste man ein Sparpaket von rund CHF 2.2 Mio. aufgleisen. Das wäre relativ einfach. Man könnte sogar KI fragen, wie man es machen könnte. Man könnte anfangen bei CHF 150'000 für eine Personalbedarfsanalyse. Ich finde es eigentlich nicht in Ordnung, dass eine solche im Budget ist. Wir haben sie im Rat abgelehnt. Wir sind eigentlich Gesetzgeber. Man hat ein Plus von 15 % bei Honoraren und Gutachten. Man könnte in den Abteilungen eigentlich auch wieder dazu zurückkehren, die Arbeit selbst zu machen, statt sie extern an Gutachter zu geben. In der Denkmalpflege hätte man grosse Volumina, die man nicht ausgeben müsste. Die Verdoppelung von Sonderausgaben im Kulturbereich, Informatikkosten, die mit 27 % mehr nur in diesem Jahr förmlich explodieren. Wenn wir das jedes Jahr machen, sind wir in drei Jahren bei einer Verdoppelung. Es gäbe also mit kurzer Einsicht problemlos CHF 2.2 Mio. einzusparen. Dann müsste man auch nicht unbedingt am Personalaufwand herumschrauben. Ich habe in diesem Rat einmal einen Vorschlag gemacht mit meiner 1:100-Initiative. Das hätte eigentlich die Höhe des Personals ein bisschen plafoniert und automatisch geregelt. Wenn man dem zugestimmt hätte, müsste man jetzt nicht mit Streichungsanträgen kommen, sondern könnte dem Stadtrat freie Hand lassen, wie er sein Personal einsetzen möchte. Doch das hat man hier auch nicht zugelassen, also bleibt einem nichts übrig, als einmal mehr Streichungsanträge zu formulieren. Das als Einleitung, Details dann später. Ich empfehle jedenfalls jetzt schon, dass Budget in dieser Form abzulehnen. Man könnte alternativ den Steuerfuss präventiv senken, das kriegen wir hier drin aber nicht hin. Ansonsten empfehle ich das Budget zur Ablehnung.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Seite 2, Aufwand
GR Salzmann: Ich nehme an, wir können die ganzen Stellen jetzt auf der Seite 2 und nicht irgendwo in Beilage A abhandeln. Der Stadtrat beantragt netto 6.45 neue Stellen. Das ist absoluter Rekord. Einige dieser Stellen sind schlicht ein Insourcing, andere lassen sich durch Mehrerträge erklären und sind soweit in Ordnung. Es gibt aber auch Stellen, die man durchaus kritisch sehen kann, so wie Die MITTE das vorhin auch gesehen hat. Die erste davon ist die 40%-Stelle bei der Abteilung Sicherheit und Häfen. Gemäss Auskunft in der FRK wird die Stellenaufstockung begründet mit höherem administrativem Aufwand in den Bereichen Dokumentation und Einsatzplanung bei der Feuerwehr. Es gibt hier genau so viel zu tun wie in der Vergangenheit auch. Bis anhin mussten auch Liegenschaftspläne, Stammdaten von Liegenschaftsbesitzern, Zugangssysteme, Schlüsselträger und Kontaktdaten verwaltet werden. Die Feuerwehr hat sich in der Grösse nicht verändert, somit sieht die FDP keinen Grund auf diese Stellenerhöhung und beantragt hiermit, diese 40 Stellenprozente nicht zu erhöhen. Ich fühlte mich in den letzten 17 Jahren in der Feuerwehr gut administriert, alles ist bestens gelaufen. An dieser Stelle noch besten Dank an Monika Ronzani.
SR Beringer: Es ist richtig, was GR Salzmann gesagt hat, der administrative Aufwand hat tatsächlich in den letzten Jahren stetig zugenommen. Gründe dafür sind die gesetzlichen Vorgaben des Kantons sowie die steigenden Anforderungen des Feuerwehrinspektorats an die Feuerwehren. Seit Jahrzehnten sind die Pensen bei uns in der Feuerwehr genau gleich, trotz der steigenden Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Kreuzlingen, trotz des Wachstums, trotz des Baubooms. Die Analyse hat gezeigt, dass die anfallenden Aufgaben mit dem bisherigen Stellenpensum von 60 % nicht mehr bewältigt werden können. Deshalb ist entschieden worden, die Stelle neu zu definieren und um 40 % zu erhöhen.

Vergleicht man es mit Frauenfeld, einer Feuerwehr, die gleich gross ist wie unsere und gleich viele Fahrzeuge hat wie wir, so haben die insgesamt 380 Stellenprozente. Wir sind aktuell bei 280 Stellenprozenten. Einsatzplanung und neue Aufgaben: Gemäss § 28 der Verordnung des Feuerschutzgesetzes ist die politische Gemeinde verpflichtet, Einsatzpläne zu erstellen und regelmässig zu aktualisieren. Seit dem Jahr 2024 macht man das mit einem speziellen Programm, das FloriPlan heisst. Die bestehenden Pläne wurden in der Vergangenheit nur teilweise durch einen Lehrling nachgeführt. Die Einsatzpläne müssen neu erstellt und anschliessend laufend aktualisiert werden. Dazu gehört aber auch die Prüfung der Pläne, die Dokumentationen, Brandschutzpläne, Pläne für Brandmeldeanlagen sowie auch die Aktualisierung der Kontaktangaben. Wisst ihr, wie viele Pläne in Kreuzlingen bestehen? Wir haben 405 Einsatzpläne, und diese steigen immer mehr. Dann haben wir Vorgaben vom Inspektorat. Das sind auch neue Aufgaben, die dazugekommen sind. Es gibt Besprechungen der Dokumentationen und Übungen. Nachbesprechungen und Einsätze müssen dokumentiert werden. Weiter die Sicherstellung der Resilienz und Einsatzbereitschaft, die Übersicht über die Verfügbarkeit der Angehörigen der Feuerwehr sowie die Alarmierung werden in Kreuzlingen mit einem DIVERA-System gemacht und sichergestellt. Auch diese Systeme müssen bewirtschaftet werden. Auch die Erfassung sämtlichen Materials muss gemacht werden. Weiter haben wir zunehmende Aufgaben in den Bereichen Verwaltungssoftware und Inspektorat. Die vier Kantone Thurgau, St. Gallen, Appenzell Inner- und Ausserhoden haben im Jahr 2025 die neue Verwaltungssoftware LODUR angeschafft, in der alle Aktivitäten und Tätigkeiten abgehandelt werden müssen. Die Übungsplanung wurde früher in Excel gemacht, heute müssen sämtliche Kurse, Übungen, Fahrschulen, Pikettdienste, Rapporte usw. in diesem Programm erfasst und bei Änderungen auch aktualisiert werden. Derzeit haben wir 340 Datensätze. Bis anhin musste ein Atemschutzträger periodisch durch einen Arzt untersucht werden. Neu müssen jährliche Leistungstests absolviert werden. Diese müssen organisiert, durchgeführt, dokumentiert und im Personaldossier archiviert werden. Auch die Materialbeschaffung und Materialbewirtschaftung der Feuerwehr erfolgt neu über dieses System. Das muss alles neu zusätzlich gemacht werden. Deshalb haben wir diese 40 Stellenprozente zusätzlich hineingenommen. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag von GR Salzmann nicht zuzustimmen und uns diese 40 % zuzugestehen.

Abstimmung
Der Antrag von GR Salzmann auf Streichung der 40 % Stellenerhöhung im Bereich Sicherheit und Häfen wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

GR Salzmann: Diesmal geht es um die GIS-Stelle. Der Stadtrat beantragt ein neues 100%-Pensum im Bereich des Geoinformationssystems (GIS). In der FRK wurde gefragt – übrigens nicht von mir, sondern von jemandem aus einer anderen Fraktion und der Stadtrat konnte es nicht erklären –, ob wir in Kreuzlingen heute in diesem Thema schlechter aufgestellt sind als andere Gemeinden. Er konnte auch nicht beantworten, ob es eine Gegenfinanzierung, zum Beispiel zusätzliche Gebühren gibt. Es hiess, es gebe dann eine bessere Dienstleistung. Bessere Dienstleistung = Gebühren. Das konnte er alles nicht beantworten, weshalb ich seitens der FDP-Fraktion diese zusätzliche Stelle infrage stelle und deren Streichung beantrage.
SR Zülle: Zum Antrag von GR Salzmann kann ich Folgendes mitteilen: Erstens vergleichen wir nicht, ob andere Gemeinden besser digital sind oder nicht. Eine solche Untersuchung würde viel Geld kosten, und ich glaube nicht, dass das im Sinne von Herrn Salzmann ist. Die Stadt Kreuzlingen wird zurzeit digitalisiert, und zwar oberflächlich, alles was man sieht, und unterirdisch, was im Boden ist. Alles wird digital erfasst, jede Leitung, jeder Schlauch. Es werden Signale erfasst, es werden zum Beispiel Baustellenkataster erstellt, Sammelstellen, Evakuierungsbünde sind drin, von der Feuerwehr sind Abstellplätze drin, Signalisierungen, dass Busnetz ist drin usw. Das wird alles erfasst, damit diese Stadt digital vorhanden ist. Diese Fachschalen zu füllen ist eine Fleissarbeit, für die man aber Fachleute braucht. Dafür kann man nicht einfach jemanden von einer Temporärstelle holen. Es braucht Fachleute, die das können. Wir haben das mit einer Fachstelle 80 % bestückt, und weitere Stellen sind bei Energie Kreuzlingen, weil dort mit dem Leitungskataster noch vielmehr erfasst werden muss. Diese Erfassung ist sehr zeitraubend und muss höchst genau sein, denn es gibt nichts Schlimmeres als ungenaue Daten in so

einem Netz oder in der EDV. Wofür braucht man das? Wir brauchen es intern, zum Beispiel für den Tiefbau, für die Stadtplanung, für Umwelt, Energie, Bauberatung und für das Bewilligungsverfahren. Also auch dort eine Erleichterung. Man kann mit Mausklick alles feststellen. Aber es bringt auch viel für den Architekten, Bauherren, Eigentümer, aber auch für die Bevölkerung. Man kann dann schauen, wo in unserer Stadt was ist. Da sind technische Daten hinterlegt, es ist alles genauer und besser auffindbar. Man braucht auch weniger Pläne, es ist alles eigentlich gut. Es ist dann fast eine Ergänzung zum eBau, wo man dann digital Baugesuche eingeben kann und nicht mehr Pläne kopieren und herumschicken muss und wo mehrere Leute an einem Baugesuch arbeiten können. Diese Stelle ist nicht eBau, aber es ist auch ein Instrument, damit dann der eBau funktioniert, wenn wir eine digitale Stadt haben. Wir haben zu diesem GIS einmal Ja gesagt, und jetzt braucht es Personal, sonst sind wir zu langsam unterwegs. Wir müssen das schneller abfüllen können, und wenn es abgefüllt ist, müssen wir es natürlich auch immer bewirtschaften. Das ist eine grosse Aufgabe, und ich hoffe, Sie stimmen diesem Antrag nicht zu. Gebt uns diese 100%-Stelle für das GIS, dafür sind wir dankbar im Namen des Stadtrats und vor allem der Bauverwaltung.

GR Salzmann: Dass es am Anfang mehr Aufwand gibt, wenn man etwas neu anfängt und abfüllt, verstehe ich. Warum ist diese Stelle dann nicht befristet? Warum ist sie unbefristet?

SR Zülle: Befristete Stellen sind immer relativ schwierig. Einerseits weil man nicht weiss, wie lange man sie braucht. Es ist ein langer Prozess, wir sind jetzt schon viele Jahre dran. Es kommen neue Fachschalen hinzu, daher kann ich nicht sagen, ob es in einem halben Jahr oder in einem Jahr fertig ist. Deshalb ist eine Befristung sicher nicht das Richtige. Man kann auch nicht jemandem sagen, du bist vier Jahre oder fünf Jahre angestellt. Jede Stelle kann auch wieder aufgelöst werden, wenn sie überflüssig wird. Es ist nicht so, dass man eine Stelle überhaupt nicht mehr auflösen kann. Aber wir sind nicht der Meinung, dass man diese Stelle befristen sollte, wenn wir das Ende gar nicht absehen können. Zudem ist es immer schwierig, für befristete Stellen gute Leute zu finden. Wir haben gehört, es gibt wenig Arbeitslose. Ich wechsle nicht eine Stelle, wenn ich weiss, dass sie befristet ist. Deshalb bekommt man dann vielleicht nicht die Leute, die man vielleicht möchte.

GR Schindler: Ich habe nur eine kleine Anmerkung. SR Zülle hat gerade gesagt, sie würden sich nicht mit anderen Gemeinden vergleichen. Dazu möchte ich sagen, dass gerade vorhin SR Beringer bei den Feuerwehren mit der Stadt Frauenfeld verglichen hat. Ich bin gerade ein bisschen irritiert. Vergleicht ihr nun oder nicht?

GR Schulthess: Befristete Stellen werden in der Regel via Budget zu festen Stellen. Das bringt uns gar nichts. Ich empfehle, diese Stelle ganz abzulehnen. Es ist wie mit befristeten Einstiegskrediten, die werden auch immer zu nicht rückzahlbaren Krediten. Ich finde, da sollte man sich keine Illusionen machen. Entsprechend würde ich der Bauverwaltung empfehlen, ein Programm zur Entbürokratisierung zu machen, sich nicht ständig selbst im Weg zu stehen mit dem Bewilligen von Baugesuchen und Ähnlichem und das Pensum dort freizumachen und im gesamten Stellenetat dort unterzubringen, wo man sie jetzt schon hat. Selbstverständlich ist das GIS wertvoll. Man muss es befüllen, es ist nur die Frage der Ressourcenallokation. Ich würde den Chef der Bauverwaltung einladen, das zu überprüfen, statt neue Stellen zu schaffen.

GR C. Brändli: SR Zülle, du hast erwähnt, dass es in anderen Bereichen der Verwaltung Erleichterungen gibt. Kannst du das beziffern?

SR Zülle: Zum Beispiel der Bausekretär arbeitet 10 % für das GIS. Das fällt dann weg. Der Bausekretär hat bei uns vor allem die Aufgabe, Baugesuche in Empfang zu nehmen, die Erstbearbeitung zu machen und vor allem die Einsprachen zu behandeln. Die Einsprachen, das kann ich euch garantieren, werden immer komplexer. Leider wegen der KI. Heute schreiben alle mehrseitige Einsprachen über KI. Das ist eine halbe Wissenschaft, vor allem wenn es um Antennen geht. Es ist unglaublich, was da bei uns hereinkommt. Es kommen Hunderte von Einsprachen, diese kommen alle zu unserem Bausekretär. Er macht noch 10 % GIS, und das ist einfach zu viel. Und dann haben wir noch Leute im Tiefbau, die ebenfalls für das GIS arbeiten. Das wollen wir eigentlich reduzieren, damit wir die Baugesuche und vor allem die Einsprachen schneller bearbeiten können.

GR C. Brändli: Du hast vorhin KI von der einen Seite erwähnt. Ist es auf der Bauverwaltung auch ein Thema, mit KI zu arbeiten, um Ressourcen freizubekommen?

SR Zülle: Selbstverständlich arbeiten wir auch mit KI. Wir arbeiten auch mit Textbausteinen, vor allem bei Einsprachen, wo etwa 50 Mal das Gleiche steht, weil sie einander abgeschrieben haben. Wir arbeiten sehr effizient. Ich lade jeden von euch ein, einmal bei uns im Bausekretariat hineinzuschauen und zu schauen, wie es hier zu und her geht und was der Bausekretär, der jetzt am GIS arbeitet, eigentlich anderes zu tun hätte. Ich würde gern seine Zeit freischaufeln, damit wir bei der Bearbeitung der Baugesuche und der Einsprachen schneller vorwärtskommen.
GR Wolfender: Wurden wir vom Kanton gerügt, weil wir im Rückstand sind oder irgendetwas im Bereich GIS in Kreuzlingen nicht gut machen?
SR Zülle: Wir wurden nicht gerügt, aber wir sind eine der ausgewählten Gemeinden, die mit eBau anfangen. Das weiss der Stadtpräsident noch etwas besser als ich. Wir haben über den VTG geschaut, welche Gemeinden anfangen. Wir sind die zweitgrösste Gemeinde. Wir müssen vorwärtsmachen. Wir brauchen diese Daten und wir müssen diese Stadt möglichst schnell digitalisieren. Gerügt wurden wir nicht, aber das kann man nicht einfach über Jahre hinauszögern. Aus meiner Sicht dauert es jetzt schon zu lange.

Abstimmung
Der Antrag von GR Salzmann auf Streichung der 100%-Stelle in der Bauverwaltung wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 2
GR Schulthess: Ich habe eine organisatorische Frage. In der Präsidentschaft Fabian Neuweiler wurde mir in der Budgetsitzung ein Streichungsantrag verweigert, weil ich die Kontonummer vorweg nicht erwähnt habe. Das ist im Protokoll nachzulesen. Wir waren jetzt im Einleitungstext relativ freihändig unterwegs. Meine Streichungsanträge haben jetzt alle eine Kontonummer. Könnt ihr noch beantworten, ob ich sie beim Einzelnachweis bringen soll oder auch freihändig in diesem Bereich? Es ist mir organisatorisch gerade nicht so klar.
Die Ratspräsidentin: Ich habe das beim Stadtschreiber abgeklärt. Er hat gesagt, für den Personalaufwand ist es in Ordnung.

0223.3010.00 – Assistentin Liegenschaftenverwaltung 40 %
GR Schulthess: Wir haben die Liegenschaftenverwaltung im letzten Jahr erst gerade aufgebaut. Ich denke, man müsste einmal eine Effizienzüberprüfung in den einzelnen Ämtern machen und schauen, ob man das nicht ohne jährlichen Stellenaufbau hinbekommt. Ich bin überzeugt davon. In der Privatwirtschaft wäre das nämlich der Fall. Ich beantrage die Streichung der Liegenschaftsverwaltungsassistenz 40 %. Sie könnte übrigens bei mir anfangen, wenn sie dann den Job nicht bekommt.

Abstimmung
Der Antrag von GR Schulthess auf Streichung der Stelle 40 % Assistenz Liegenschaftenverwaltung wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

GR Salzmann: Wir haben vor etwa einem Jahr die Gebühren für die Einbürgerungen gesenkt, weil die Kosten für das Produkt Einbürgerung günstiger geworden sind und der Betrag höher war als der Aufwand, was nicht zulässig ist. Ich habe da schon diese Berechnungen intensiv hinterfragt. Nun möchte die Kanzlei eine zusätzlichen 100%-Stelle haben. Gemäss Auskunft in der FRK 50 % für Einbürgerungen, 20 % für Bestattungen zur Einführung einer adäquaten Stellvertretung und 30 % für das Bewilligungswesen. Die Einrichtung einer Stellvertretung ist eine organisatorische Angelegenheit und ist nicht budgetrelevant. Man verschiebt Stellen innerhalb der Organisation. Es braucht keinen Ausbau, nur um eine Stellvertretung sicherzustellen. Mir konnte auch in der FRK niemand erklären, warum es diesen Ausbau braucht, ausser dass es mehr Arbeit gebe. Das könnte man einmal mit Zahlen hinterlegen. Und es gebe auch mehr Bewilligungen. Das könnte man ebenfalls mit Zahlen hinterlegen. Die FDP-Fraktion

beantragt daher, die Ausweitung der 100%-Stelle auf 50 % zu reduzieren und bittet den Stadtrat bei Aussagen wie "man hat mehr Arbeit und es ist komplizierter als früher", zukünftig ein bisschen mehr Fleisch am Knochen zu liefern.
STP Niederberger: Ich würde gern zuerst allgemein etwas zum Stellenetat sagen. Wenn wir vom Stadtrat einen Stellenetat vorlegen, so ist das nicht einfach so schnell eingereicht worden. Wir haben einen genauen Budgetprozess beim normalen Budget, aber auch beim Stellenetat. Bereits im April müssen Anträge eingereicht werden. Jedes Stellenprozent muss detailliert begründet werden. Dafür haben wir ein spezielles Formular gemacht. Es muss begründet werden und wird mit Zahlen hinterlegt. Dann gibt es eine Stellenkommission, die jeden Antrag durchleuchtet, allenfalls noch Gespräche führt und Informationen einholt. Auch bei diesem Prozess war es so, dass Stellen reduziert oder gestrichen wurden. Nicht alles, was beantragt wird, fliesst eins zu eins ins Budget ein. Es gibt eine Stellenkommission, die ganz genau hinschaut, wo wir eine dringende Notwendigkeit haben und wo man allenfalls noch warten kann oder wo es andere Möglichkeiten gibt, Stellen zu schaffen. Weiter möchte ich darauf hinweisen, GR R. Herzog hat das auch gut gesagt, dass wir in den letzten Jahren zusätzliche Aufgaben übernommen haben. Wir haben das Camping übernommen. Zuerst war das Personal beim Campingchefehepaar angestellt. Als die gingen, wurde das Personal von der Stadt übernommen. Wir haben das Bad Egelsee übernommen und wir haben das Bad Hörnli übernommen. Das sind viele Stellen (Bademeister, Kassenpersonal, Badeaufsicht usw.), die selbstverständlich bei der Stadt eingeflossen sind. Wir haben das in der Beantwortung des Postulats Schulthess zur Plafonierung ganz genau aufgezeigt. Dort hat man auch gesehen, dass wir mit der heutigen Stellenbesetzung noch weit unter dieser Plafonierung sind, die GR Schulthess damals vorgeschlagen hat. Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass es gesetzliche Vorgaben gibt, die uns dazu verpflichten, entsprechende Ressourcen zu schaffen, zum Beispiel bei den Sozialen Diensten bei der Berufsbeistandschaft. Das haben wir in der GPK und in der FRK präsentiert. Da haben wir eine Verpflichtung. Die KESB sagt, ihr müsst aufrüsten, es geht nicht mehr so. Die 100%-Stelle beim Steueramt könnte man streichen, aber dann haben wir auch weniger Einnahmen. Diese Person wird Veranlagung machen, damit die Leute rechtzeitig und rechtzeitiger ihre Steuerrechnungen halten. Viele kommen an den Schalter und sagen, ich möchte endlich die Steuerrechnung haben. Diese Stelle finanziert sich von selbst, denn je mehr wir selbst veranlagen, desto mehr Geld erhalten wir vom Kanton. Diese Stelle ist locker finanziert, resp. wir erhalten vom Kanton sogar mehr, als diese Stelle kostet. So sieht man, dass schon die Hälfte dieser Stellen durch solche Effekte begründet sind. Wir müssen aber auch bei der Wahrheit bleiben, Georg Schulthess. Er hat gesagt, wir hätten erst gerade eine Liegenschaftenverwaltung gemacht. So etwa hast du es gesagt. Wir haben schon seit Jahren eine Liegenschaftenverwaltung. Als ich vor 15 Jahren nach Kreuzlingen kam, gab es bereits eine Liegenschaftenverwaltung. Das war damals Peter Bergsteiner, er war unser Liegenschaftenverwalter. Dann kamen die Grossprojekte, als Erstes das Egelsee. Der damalige Abteilungsleiter Ruedi Wolfender war voll belastet in diesen grossen Projekten, der Liegenschaftenverwalter ebenso. Deshalb hat man gesagt, wir müssen diese Liegenschaftenverwaltung mit einer Assistenzstelle befristet verstärken. Damals war ich noch nicht Stadtpräsident, sondern ich war noch Stadtschreiber. Damit möchte ich sagen, dass das schon seit sehr vielen Jahren so ist. Die Idee war damals, dass man jetzt diese Grossprojekte abhandeln kann und dass anschliessend wieder Kapazität vorhanden ist, damit man in der Liegenschaftsverwaltung auf diese Assistenz verzichten kann. Dann kann man wieder normal mit dem Liegenschaftenverwalter arbeiten. Das war die Grundidee. Damals hat man damit gerechnet, dass die Assistenzstelle auf etwa fünf Jahre befristet ist. Jetzt ist noch ein Kulturzentrum dazugekommen, die Bodensee-Arena ist dazugekommen, das Verwaltungsgebäude ist dazugekommen. Die grossen Projekte sind noch nicht abgeschlossen, deshalb sind wir weiterhin unbedingt auf die Assistenzstelle angewiesen. Ich muss sie nicht mehr begründen, ihr habt den Antrag abgelehnt, aber ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen, dass wir bitte unbedingt bei der Wahrheit bleiben und das auch richtig begründen müssen, damit alle wissen, wie das damals entstanden ist. Damit komme ich zum Antrag von GR Salzmann bezüglich der Sachbearbeiterstelle bei der Stadtkanzlei. Selbstverständlich ist das mit Zahlen hinterlegt. Da sehe ich zum Beispiel, dass die Einbürgerungsgesuche von früher 72 oder 55 auf 113 Einbürgerungsgesuche im Jahr 2025 gestiegen sind. Wir haben anhaltend hohe Zahlen bei den Einbürgerungen. Wir haben einen Durchschnitt von fast 57 %. Sehr viele deutsche Staatsangehörige. Da kann man damit

rechnen, dass wir auch in den nächsten Jahren ganz viele Einbürgerungsgesuche haben werden. Man kann natürlich sagen, es ist uns egal, ob die ein halbes Jahr warten oder ob sie ein Jahr auf den Entscheid warten. Das kann man machen, aber das ist wirklich nicht unser Anspruch. So wie wir auch versuchen, dass ein Kunde möglichst schnell eine Baubewilligung erhält, wollen wir auch, dass ein Kunde möglichst schnell den Entscheid über eine Einbürgerung erhält. Wir hatten in den letzten zehn Jahren bei der Stadtkanzlei keine Erhöhung des Pensums. Wir mussten teilweise mit befristeten Stellen arbeiten, weil es einfach nicht mehr ging. Wir haben auch eine Arbeitszunahme im Bereich Gastgewerbe, was mehr Aufwand bedeutet. Auch Bewilligungen, Veranstaltungsbewilligungen, die mehr Arbeit geben. Da könnte man auch sagen, das müsst ihr gar nicht so gut kontrollieren, einfach bewilligen. Aber das geht nicht. Wir sind da in einer Haftung, in einer Verpflichtung und sind verantwortlich, dass schlussendlich alles korrekt läuft. Denn wenn etwas passiert, ist es logisch, dass die Medien und die Bevölkerung sofort auf uns losgehen. Weiter möchte ich auch erwähnen, dass die Vorstösse aus dem Gemeinderat auch nicht weniger geworden sind. Auch das bedeutet für die Stadtkanzlei einen Mehraufwand. Das darf man auch einmal festhalten. Bei dieser Fülle an Aufgaben ist jetzt der Zeitpunkt da, wo wir die Stadtkanzlei verstärken müssen, wenn wir weiterhin hier im Gemeinderat einen guten Service bieten wollen und wenn wir gegenüber der Bevölkerung einen guten Service bieten wollen. Beim Bestattungsamt hatte ich schon als Stadtschreiber ein ungutes Gefühl. Michael Stahl hat es in der FRK erklärt. Wir haben eine Person, die für das Bestattungsamt zuständig ist und eine Person, die für Mietwesen/Schlichtung verantwortlich ist. Die Person, die für Mietwesen/Schlichtung verantwortlich ist, macht die Stellvertretung beim Bestattungsamt. Wenn die Person vom Bestattungsamt in den Ferien ist – wie gerade jetzt – und die Person bei der Schlichtung ausfällt, kann niemand mehr eine Bestattung machen. Dann hängen wir einen Zettel an die Tür: Bestattungsamt leider geschlossen. Und wenn man einen Todesfall hat, soll man in einer Woche wieder kommen, wenn die Mitarbeiterin aus den Ferien zurück ist. Sollen wir das machen? Das kann doch nicht das Ziel sein. Deshalb ist es wichtig, dass wir da eine dritte Stellvertretung aufbauen. Wenn Herr Salzmann sagt, dafür braucht es kein Stellenpensum, muss irgendeine Person von irgendwo plötzlich ins Bestattungsamt gehen. An einem Montag haben wir teilweise fünf, sechs oder sieben Todesfälle. Im Sommer, als es so heiss war, hatten wir teilweise fünf, sechs oder sieben Todesfälle an einem Montag. Das muss bewältigt werden. Ich bitte euch, das Gesamtpaket zu sehen. Die Stadtkanzlei braucht unbedingt diese Unterstützung, damit sie den Service weiterhin bieten kann. Ich denke, wir alle sehen sehr gut, was für einen Superservice diese Stadtkanzlei macht. Ich bitte euch, dem zuzustimmen, damit wir auch in den nächsten Jahren einen guten Betrieb gewährleisten können.

GR Schulthess: Du jammerst über zusätzliche gesetzliche Vorgaben, aber du bist im Kantonsrat selber dabei beteiligt, dass diese zustande kommen. Oder hast du schon einmal einen Vorstoss gemacht, dass man etwas auch wieder loswird, was vom Kanton herkommt? Ich wüsste es nicht. Ähnlich ist es beim Camping und bei der Schwimmbad-Genossenschaft. 50 Jahre lang hat die Genossenschaft das Bad betrieben und ab dem Moment, wo es städtisch wird, braucht es jedes Jahr neue Stellen. Eigenartigerweise hatte man das in der Schwimmbad-Genossenschaft und im Camping vorher nicht. Man musste halt mit dem arbeiten, was möglich war. Dann habe ich aber noch zwei ernsthaftere Fragen. Bezüglich Stellenkommission der Stadt hätte ich gern Zahlen, wie viele Stellen diese Kommission jemals abgelehnt hat und wie vielen sie zugestimmt hat. Ich hoffe, dass ich dazu nicht einen Vorstoss machen muss. Du hast gesagt, diese Kommission lehnt auch Stellen ab. Ich halte es für Inzucht, wenn man die eigenen Leute fragt, ob Stellen gestrichen werden sollen.

Die Ratspräsidentin: GR Schulthess, wir sprechen hier über den Antrag. Bei dir geht es nicht um den Antrag.

GR Schulthess: Ich weiss, das ist eine Replik auf das Genannte.

Die Ratspräsidentin: Nein.

GR Schulthess: Ich habe übrigens nicht von der Liegenschaftenverwaltung gesprochen, ich habe von den Pensen gesprochen. Die zweite Frage: Beabsichtigt ihr, nächstes Jahr wieder die Stellen um 4 % wachsen zu lassen? Dazu hätte ich gern etwas im Protokoll. Einerseits hätte ich gern Zahlen – das muss nicht jetzt sein –, wie das bei der Kommission mit der Ablehnung von Stellen ist, ob sie je proportional

eigene Stellen abgelehnt hat. Weiter möchte ich wissen, ob ihr nächstes Jahr wieder vorhabt, die Stellen um 4 % wachsen zu lassen.
STP Niederberger: Selbstverständlich konnten wir in dieser Stellenkommission Kürzungen vornehmen, aber darüber führen wir keine Statistik. Hinzu kommt, schlussendlich können nicht wir in der Stellenkommission das entscheiden, denn letztlich liegt die Entscheidung beim Stadtrat. Wir können es vorspuren, den Entscheid fällt dann der Stadtrat. Aber selbstverständlich hinterfragen wir jedes Stellenprozent. Die zweite Frage, ob wir nächstes Jahr wieder 4.1 % machen – das weiss ich jetzt nicht. Wir werden ganz normal wieder den Budgetprozess starten. Selbstverständlich werden wir auch nächstes Jahr wieder jede Stelle hinterfragen und durchleuchten. Dieser Prozess wird weiterhin laufen.
GR C. Brändli: Die ausführlichen Darlegungen unseres Stadtpräsidenten haben die Mehrheit der FDP-Fraktion überzeugt. Wir ziehen unseren Antrag zurück.
GR Ribezzi: Ich weiss nicht, wie viele Mitarbeitende die Stadt hat, vielleicht etwa 2000 oder so. Ich habe zum Glück nur etwa mit 50 oder 60 zu tun. Ich war immer sehr zufrieden mit dieser Arbeit. Ich schätze es, was die Mitarbeitenden der Stadt machen und finde es ein bisschen schade, wenn man mit solchen Argumenten kommt. Ich habe auch Mitarbeiter in meinem Betrieb, wo wir jemanden brauchen, wenn jemand ausfällt. Blöd gesagt laufen sie sonst rückwärts wieder raus und es gibt eine Kündigung. Entschuldigung, gibt es natürlich nicht. Wenn es einmal sieben Tote gibt und jemand in den Ferien ist, dann kommt jemand aus einem anderen Bereich und hilft. Ihr kennt meine Betriebe. Ich lasse manchmal auch jemanden vom Blue in der Badi arbeiten, obwohl er nicht Kartoffeln schälen kann, dann sind die Kartoffeln an diesem Tag halt nicht so gut, aber dafür muss man nicht extra jemanden einstellen. Seid aus Respekt gegenüber denjenigen, die diese Arbeit machen, auch ehrlich in der Sache.
STP Niederberger: Dafür stellen wir nicht einfach jemanden neu ein. Das ist eine Stelle, die wir in der Stadtkanzlei haben, und diese Person wird in einem ganz kleinen Pensum auf das Bestattungswesen geschult. Ich kann nicht einfach jeden in das Bestattungsamt schicken. Ihr müsst euch vorstellen, wie schwierig diese Gespräche manchmal sind. Da nimmt man nicht einfach Personalien und Geburtsdatum auf, sondern da braucht es auch Einfühlungsvermögen. Und man muss das auch verarbeiten und tragen können, damit man eine solche Aufgabe erfüllen kann. Wir sind in der Stadt ein grosser Gemischtwarenladen, da kann ich nicht einfach XY, der das Programm der Bauverwaltung betreut, sagen, jetzt machst du auch noch das Programm vom Bestattungsamt. Das sind völlig andere Abläufe und Prozesse, deshalb muss ich da jemanden schulen, der dann diese Stellvertretung übernehmen kann.
GR Schulthess: Als Folge des Votums von GR Ribezzi, der immerhin in FDP-Fraktion ist, stelle ich den Antrag, der zurückgezogen wurde, dass man darüber wieder abstimmt.

Abstimmung
Der Antrag auf Reduktion der 100%-Stelle in der Stadtkanzlei auf 50 % wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 11, INV00253 – WC-Anlage Emmishoferzoll
GR Neuweiler: Wenn man viel Geld hätte, könnte man diese WC-Anlage durchaus realisieren, das haben wir aber nicht. Im Jahr 2030 erwarten wir einen Nettoverschuldungsanteil von 204 %. Der Komfortverlust der Bevölkerung wäre wahrscheinlich eher vernachlässigbar, denn wenn man ganz dringend muss, kann man es so machen wie die meisten und geht rasch irgendwo etwas trinken und dort zur Toilette. Wir haben an und für sich in unserer Stadt schon viele öffentliche WC-Anlagen, deshalb stellen wir von der SVP den Antrag, die CHF 260'0000 zu streichen.
SR Zülle: Das WC beim Emmishoferzoll ist bestehend und muss dringend saniert oder abgerissen werden. Es ist wirklich in den letzten Lebenszügen. Wir haben dort auch eine Trafostation von Energie Kreuzlingen, die erneuert werden muss. In diesem Zusammenhang hat man sich Überlegungen gemacht, dort ein neues und behindertengerechtes WC zu bauen. Die Chromstahl-WCs, die Sie sicher kennen, sind sicher, sauber und einfach zu reinigen. Wieso beim Emmishoferzoll? Wir haben ein WC beim ACS zurückgebaut. Das ist beim Hauptzoll, der eigentlich nicht mehr ein richtiger Hauptzoll ist. Dafür haben wir am Helvetiaplatz ein WC gemacht, das vor allem für den Boulevard eine sehr gute

Erschliessung bietet. Wir haben uns überlegt, ob es am Emmishoferzoll ein WC braucht. Dieser Zoll hat an Bedeutung gewonnen, viele Leute sind dort zu Fuss, mit dem Velo und mit dem Auto unterwegs. Aber vor allem mit dem Velo, dort führt der nationale Bodenseeradweg vorbei. Aufgegeben haben wir die WCs beim Stadtbahnhof. Diese gehören nicht mehr der Stadt Kreuzlingen, sondern den SBB. Diese müssen wir nicht mehr unterhalten. Bei den Schrebergärten haben wir die WCs auch aufgegeben, zum Teil werden sie von den Gartennutzern selber betrieben. Und beim Döbele, das in der Nähe des Emmishoferzolls liegt, wird auch ein WC zurückgebaut. Auch dieses wird von den Gartennutzern selber gebraucht. In Schrittnähe wäre dann das WC am Zoll, also in unmittelbarer Nähe in einem guten Netz für öffentliche WCs. Es wurde die Frage gestellt, ob es in einer Stadt überhaupt öffentliche WCs braucht. Selbstverständlich nicht. Wir haben keine gesetzliche Verpflichtung, WCs zu betreiben. Aber wenn wir unsere Hausecken, Büsche, Strassen und Bäume sauber halten möchten, machen wir öffentliche WCs. Restaurants sind nicht immer geöffnet. Und immer weniger. Zugunsten der Kreuzlinger Bevölkerung, aber auch unserer Gäste und Touristen möchte ich Sie bitten, dem WC zuzustimmen respektive den Streichungsantrag abzulehnen. Diese WCs sind ein Bestandteil unserer Stadt. In den 12 Jahren, seit ich Stadtrat bin, ist es immer wieder um öffentliche WCs gegangen. Ich glaube, was wir bisher gebaut haben, ist auf Anklang gestossen. Alle bestehen heute noch, es sind sehr wertige und gute WCs, die auch von unseren Werkhofleuten geschätzt werden, weil sie einfach zu reinigen sind. Investieren wir dieses Geld für die Leute, die es nutzen und damit wir eine saubere Stadt haben.
GR C. Brändli: Kannst du vielleicht eine Auskunft darüber geben, wie oft dieses WC benutzt wird? Du hast jetzt gesagt, wer alles es benutzen könnte. Aber gibt es Zahlen? 10 Mal pro Tag, 15 Mal am Tag?
SR Zülle: Wir haben dort natürlich keine Zählmaschine und auch keine Videoaufnahmen. Aber wir wissen, wie es aussieht, wenn wir es putzen. Nach dem, wie es aussieht, wird es häufig benutzt. Dort sind viele Leute mit dem Velo und zu Fuss unterwegs, und erstaunlicherweise kennen es sehr viele. Ich habe immer gedacht, das kennt niemand, aber sehr viele wissen, dass es dort ein WC hat. Ich glaube nicht, dass es nicht benutzt wird. Und es ist übrigens auch behindertengerecht. Ich denke, es wird sehr oft benutzt.

Abstimmung
Der Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung von CHF 260'000 bei INV00253 Ersatz WC-Anlage Emmishoferzoll wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Beilage A, Erfolgsrechnung Budget 2027 – Funktionale Gliederung

Seite 1, 0120.3132.00 – Exekutive; Honorare Berater, Gutachter, Experten (Personalbedarfsanalyse)
GR Andres: Ich beantrage im Namen der FRK, den Betrag um CHF 150'000 zu senken.
STP Niederberger: Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was GR Schulthess gesagt hat. Das Budget wird im Stadtrat im August verabschiedet. Der Vorstoss der SP, bei dem es um diese Stelle ging, wurde auch zu diesem Zeitpunkt beantwortet. In dieser Beantwortung haben wir geschrieben, dass wir den Betrag im Budget einfliessen lassen werden. Im Namen des Stadtrats habe ich dann in der FRK den Antrag gestellt, ihn zu streichen, weil wir ihn aufgrund des Entscheids über das Postulat nicht mehr brauchen.

Abstimmung
Der Antrag der FRK auf Streichung von CHF 150'000 im Konto 0120.3132.00 wird mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Seite 3, 0221.3099.00 – Übriger Personalaufwand (Mitarbeiterumfrage)
GR Andres: Die FRK beantragt, den Betrag von CHF 20'000 zu streichen, damit die Mitarbeiterumfrage ins Jahr 2028 verschoben werden kann.

GR Salzmann: Ich bin für Streichungsanträge in der Regel immer zu haben, in diesem Fall allerdings nicht. Auch eine Stadtverwaltung muss wie jede andere Firma ab und zu einmal herausfinden, was die Mitarbeiter wollen und was sie nicht wollen und wo man sich entwickeln kann und wo nicht. Deshalb werde ich diesem Antrag nicht zustimmen und stelle jetzt einen Unterantrag. CHF 10'000 sind viel Geld für so eine Umfrage. Es gibt sogar Firmen, die es für CHF 5'000 machen würden. Aber wir wollen nicht so sein, daher beantrage ich eine Kürzung des Betrags von CHF 20'000 auf CHF 10'000.
GR C. Brändli: Habe ich das richtig verstanden, dass die FRK den Betrag nicht streichen, sondern auf das Jahr 2028 verschieben möchte?
GR Andres: Ja, aus dem Budget streichen und auf das Jahr 2028 verschieben heisst, dass der Stadtrat es im Budget 2028 wieder bringen soll. Darüber können wir jetzt nicht abstimmen, aber das ist die Idee hinter dem Antrag.
GR Schindler: Ich finde, das macht absolut Sinn, denn dann ist die Zusammensetzung des neuen Stadtrats klar. Wieso jetzt Geld ausgeben für etwas, was sich dann ändert? Daher finde ich das mit der Streichung resp. Verschiebung eine gute Idee.
GR C. Brändli: Ich schliesse mich GR Schindler an.
Die Ratspräsidentin: Wir stimmen zuerst über den Antrag von GR Salzmann ab.
GR Wolfender: Müssten wir die Anträge nicht einander gegenüberstellen, da es sich um zwei gleichrangige Anträge handelt?
GR Andres: Ich würde es auch unterstützen, wenn wir die Anträge einander gegenüberstellen.
GR R. Herzog: Ich sehe es ein bisschen anders. Wenn wir den Betrag jetzt kürzen, haben wir nicht mehr dieselbe Ausgangslage. Wenn wir den Betrag formal nicht sprechen, muss der Stadtrat ihn nächstes Jahr wieder beantragen. Aber dann hätte er schon die Botschaft, denselben Betrag im Jahr 2028 wieder zu bringen. Es ist also schon nicht Variante A gegen Variante B. Ich finde, da muss man sich gut überlegen, welches das richtige Abstimmungsprozedere ist. Ich sehe es nicht so, dass es einfach ein Unterantrag ist.
GR Wolfender: Ich gehe davon aus, dass wir hier über das Budget reden, und der Budgetbetrag lautet auf CHF 20'000 für die Personalbefragung. Wenn GR Salzmann diese Befragung für CHF 10'000 durchführen will, kann er diesen Antrag durchaus stellen, dann bleiben CHF 10'000 im Budget. Die FRK möchte die Befragung auf das Jahr 2028 verschieben. Wir stellen aber jetzt hier den Antrag auf CHF 20'000 weniger im Budget, egal was der Stadtrat dann macht. Wir können dem Stadtrat sagen, er soll es machen, aber wir sagen nicht, verschiebe die Mitarbeiterbefragung.

Die Ratspräsidentin: Wir stellen die Anträge einander gegenüber: Kürzung des Betrags auf CHF 10'000 oder Streichung des gesamten Betrags.

Abstimmung
Der Antrag der FRK obsiegt mit 35 Stimmen über den Antrag von GR Salzmann mit 1 Stimme bei 1 Enthaltung.

Abstimmung
Der Antrag der FRK auf Streichung des Betrags von CHF 20'000 für die Mitarbeiterbefragung wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen angenommen.

GR L. Dal Dosso: Ich beantrage im Namen der FL/G/GLP-Fraktion, die CHF 50'000 für die Wahlfeier der Grossratspräsidentin auf CHF 20'000 zu reduzieren. Wir freuen uns sehr, dass Judith Ricklin zur Grossratspräsidentin und damit zur höchsten Thurgauerin gewählt wird. Eine würdige Feier in Kreuzlingen ist deshalb selbstverständlich angebracht. Trotzdem halten wir den städtischen Beitrag von CHF 50'000 für deutlich zu hoch. Gerade in einer Zeit, wo wir über Sparmassnahmen und den Verzicht auf andere Ausgaben diskutieren, sollten wir auch bei diesem erfreulichen Anlass auf die Verhältnismässigkeit achten. Zum Vergleich: Für die Wahlfeier von Ruth Faller Graf im Mai 2025 mit einem öffentlichen Teil mit

Musik, Reden und Apéro wurde ein Nachtragskredit von CHF 10'000 gesprochen. Natürlich sind die beiden Anlässe nicht vollständig vergleichbar, aber der Unterschied zwischen CHF 10'000 und CHF 50'000 ist doch erheblich. Auch unsere Gemeinderatspräsidentinnen und Gemeinderatspräsidenten erhalten für Wahlfeiern keinen zusätzlichen Beitrag und müssen diese selber organisieren und finanzieren. Vor diesem Hintergrund erscheint uns ein städtischer Beitrag von CHF 50'000 für die Wahlfeier als unverhältnismässig hoch, und wir sind überzeugt, dass man mit CHF 20'000 trotzdem eine würdige Feier machen kann.
STP Niederberger: Im Kanton Thurgau gibt es Traditionen, und ich durfte diese Tradition schon zwei Mal miterleben. Letztes Jahr in Arbon, als René Walther zum höchsten Thurgauer gewählt wurde, und dieses Jahr Felix Meier in Romanshorn, der ebenfalls zum höchsten Thurgauer gewählt wurde. Das ist jeweils ein kantonales Ereignis. Wir können stolz sein, dass wir eine Kreuzlingerin haben, die im Grossen Rat Präsidentin und für ein Jahr höchste Thurgauerin sein wird. Die beiden Feiern für Ruth Faller und für die Grossratspräsidentin sind überhaupt nicht zu vergleichen. Wenn man von einer würdigen Feier spricht, gehört zu dieser Tradition, dass es erstens einen öffentlichen Anlass gibt. Da stellen wir uns vor, dass es auf der Esplanade im Dreispitz ein Zelt geben wird. Da wird die Bevölkerung eingeladen, da wird es eine Bratwurst und ein Brötchen und etwas zu trinken geben. Da wird es auch schon die ersten Ansprachen und Musik geben. Für die Bevölkerung wird das ein würdiger, schöner Anlass. Dann kommt noch der interne Teil. Der Grosse Rat tagt jeweils am Vormittag und bestellt dort sein Büro. Da wird die Grossratspräsidentin gewählt. Dann gehen die Fraktionen fraktionsweise zum Mittagessen und auf einen Ausflug. Dann kommen sie erst zum öffentlichen Anlass, wo die Präsidentin allenfalls noch mit Pferd und Kutsche oder mit einem Oldtimer vom Bahnhof abgeholt und zum Festplatz gefahren wird. Es ist wirklich eine sehr würdige Geschichte. Dann gibt es noch den Anlass für die Grossratsmitglieder, für die Regierung und für Angehörige. Der Gemeinderat wird auch eingeladen sein. Im Dreispitzsaal wird es ein Bankett mit Musik, Darbietungen und weiteren Ansprachen geben. Wir rechnen mit 250 bis 300 Leuten, die auch verpflegt werden. Bereits kurz nachdem bekannt wurde, dass Judith Ricklin voraussichtlich Präsidentin werden wird, woran ich überhaupt nicht zweifle, haben wir mit der Organisation dieses Anlasses angefangen. Selbstverständlich haben wir die Informationen eingeholt. Der Stadtschreiber hat mit der Stadtschreiberin von Arbon und dem Stadtschreiber von Romanshorn gesprochen. Wir kennen die Konzepte. Es gibt einen Leitfaden, es gibt gewisse Vorgaben vom Kanton her, und so haben wir das aufgegleist und bereiten eine würdige Feier vor. Das kostet halt leider etwa CHF 50'000. Vielleicht sind es auch nur CHF 45'000 – ich weiss es nicht. Aber wir brauchen diesen Betrag, damit wir unsere höchste Thurgauerin hier in Kreuzlingen feiern können. Daher bitte ich euch, den Antrag abzulehnen und die CHF 50'000 im Budget zu lassen.

GR Neuweiler: Mich würde wundernehmen, ob dieser Antrag auch gekommen wäre, wenn Reto Ammann gewählt worden wäre. Wahrscheinlich eher weniger. Wir hatten 1961/1962 Herrn Abegg als Grossratspräsident und 2008/2009 Christian Lohr. Das ist also nicht etwas, was wir alle fünf oder zehn Jahre feiern können. Diese Anlässe sind relativ selten. Wenn ihr sparen wollt, dann bieten wir auch Hand. CHF 20'000 sind vielleicht ein bisschen wenig, man könnte auch beim Stadtfest oder bei der Abschlussreise des Stadtrats ein bisschen reduzieren. Anderseits finden wir in der SVP-Fraktion, sie sind 12 bis 16 Jahre zusammen, da kann man auch die Verabschiedung ein bisschen würdig machen. Wir finden auch, man kann einen Anlass, der nur alle 20 oder 30 Jahre kommt, würdig machen. Deshalb bitten wir, den Antrag abzulehnen. Sollte er angenommen werden, würden wir dann auch gern auf eure Unterstützung zählen bei den weiteren Streichungsanträgen zu Festen.
GR C. Brändli: Ich denke, der Stadtpräsident hat wirklich sehr gut dargelegt, was so ein Tag bedeutet. Wir haben es auch von GR Neuweiler gehört. Im Jahr 2008, die einen können sich sicher noch erinnern, als Christian Lohr Grossratspräsident war, war das eine sehr würdige Feier. Ich bitte euch, den Antrag zurückzuziehen.
GR L. Dal Dosso: Es wurde gesagt, es gibt einen öffentlichen Teil und einen geschlossenen Teil. Es ist schön, es ist Tradition, aber ich frage mich, was die Kreuzlinger dann vom geschlossenen Teil haben. Deshalb empfinde ich den Betrag als unverhältnismässig.

Abstimmung
Der Antrag der FL/G/GLP-Fraktion zu Konto 0221.3130.01 Einwohner, Anlässe auf Reduktion des Betrags von CHF 50'000 auf CHF 20'000 wird mit 5 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 8, 0290.3144.00.00 – Liegenschaftenunterhalt
GR Knöpfli: Ich stelle den Antrag auf Streichung von CHF 30'000 für die Sanierung Feuerwehrmuseum, sprich die Reduktion des gesamten Postens von CHF 665'000 auf CHF 635'000. Einerseits stimmt für mich der gewählte Weg nicht wirklich. Der Stadtrat hat an der GKS das Ausstellungskonzept vorgestellt. Das Konzept finde ich gut, dieses stelle ich überhaupt nicht infrage. Aber aufgrund ziemlich vielschichtiger Bedenken, Unklarheiten, kritischer und sogar warnender Stimmen innerhalb der Kommission – das ist im Protokoll vom 9. September entsprechend nachzulesen – und weil über das Konzept auch nicht abgestimmt wurde, sondern es nur vorgestellt und darüber diskutiert wurde, bin ich der Meinung, dass dieses Vorhaben als Botschaft an den Gesamtgemeinderat gehen sollte. Zur Klarstellung: Ich vertrete gerade meine Meinung und sicher nichts im Namen der GKS, aber vielleicht gibt es dazu noch die eine oder andere Wortmeldung. Andererseits habe ich mehrfach, zum Beispiel an der letzten Budgetsitzung vor einem Jahr zum Ausdruck gebracht, dass ich bei Vorliegen eines Konzepts sicher nicht mehr gegen die subventionierte Miete sein werde, mich aber dagegen wehre, wenn dem Feuerwehrmuseum einfach auf dem kurzen Weg via zusätzlichen Budgetposten Sanierung zur Geburt verholfen werden soll. Solange der Museumsbetrieb nicht auf jeden Fall gesichert ist. Und gesichert ist dieser meiner Meinung nach überhaupt nicht, sicher nicht längerfristig. Dass der Stadtrat aufs Gaspedal drückt, kann ich noch nachvollziehen. Dass der Stiftungsrat Beringer die möglicherweise kurzfristigen Schwierigkeiten vermutlich ein bisschen auf die leichtere Schulter nimmt, führt mich zum Glauben, dass wir den Stiftungsrat Beringer resp. die Stiftung vor diesem Gaspedal schützen sollten. Wenn es nämlich so läuft, wie es laufen soll, fängt man aufseiten Stiftung quasi morgen an, die CHF 170'000 zu sammeln, die für die Umsetzung des Konzepts auf das Jahr 2028 hin notwendig sind. Man stelle sich bitte kurz folgende Situation vor: Gemäss Finanzplan prognostiziert der Stadtrat für das Jahr 2029 eine Steuerfusserhöhung. Nehmen wir einmal an, in dieser Stadt setzt sich irgendwann dann doch noch durch, dass, bevor man an den Einnahmen schraubt, auch mal Sparsamkeit bei beeinflussbaren Ausgaben Einzug halten könnte. Und weil ein paar kleinere Posten auch einen grösseren ergeben, streicht dannzumal der Gemeinderat die subventionierte Miete wieder aus dem Budget heraus. Die Stiftung hat dann CHF 170'000 verbaut, das Vermögen ist vielleicht auch nicht mehr so gross – und was jetzt? Nochmals auf lockere Portemonnaies hoffen? Als Stiftungsrat Beringer würde ich als Erstes zu SR Beringer gehen und sagen: "Thomas, können wir nicht eine längerfristige Absicherung machen wie bei anderen auch? Also die subventionierte Miete längerfristig über die Leistungsvereinbarung sichern? "Dann antwortet SR Beringer vielleicht: "Thomas, das ist eine gute Idee. Ich sage es SR Moos, dann bringen wir es so in den Stadtrat. Dann gehen wir über den Gesamtgemeinderat und nicht nur über eine Kommission mit einer Botschaft und nicht bloss mit einer Information. Es dauert mit der Umsetzung dann halt ein Jahr länger, aber weisst du, dann sind wir breiter abgestützt und dann kann wirklich nichts mehr passieren." Und ganz abgesehen von dieser Geschichte ist für mich auch noch nicht ganz ausgeschlossen, dass es am Schluss, aus was für Gründen auch immer, die Stadt dann doch mehr kostet als diese CHF 30'000. Daher stelle ich den Antrag, die CHF 30'000 aus dem Budget zu streichen.
SR Beringer: Ich weiss jetzt nicht, ob ich zuerst als Stadtrat oder als Stiftungsratspräsident sprechen soll. Es ist jeweils noch schwierig mit diesen Hüten. Ich spreche erst als Stiftungsratspräsident. Als Stiftungsrat haben wir uns sehr viele Gedanken gemacht und auch sehr viel Mühe gegeben, ein Betriebskonzept und ein Ausstellungskonzept zu erstellen, so wie das auch verlangt wurde. Wir haben es dargelegt und es wurde goutiert, dass wir ein gutes Konzept auf die Beine gestellt haben. Die Stiftung hat ein gewisses Vermögen. Dieses Vermögen ist nun durch die Arbeit, die wir für die beiden Konzepte gemacht haben, ziemlich geschrumpft. Zum Ausstellungs- und Betriebskonzept ist auch noch ein Grafikkonzept hinzugekommen, sodass wir monetär nicht mehr so gut aufgestellt und daher auf die subventionierte Miete angewiesen sind. Würde man das jetzt hinausschieben, würde das wieder ein Jahr

bedeuten, in dem wir zwar subventionierte Miete haben, aber trotzdem Geld aus der Stiftung bringen müssen, sodass wir dann fast nichts mehr hätten, um damit weiterzumachen. Das Problem ist, dass wir nicht bei möglichen Stakeholdern Spendengelder akquirieren können, die uns unterstützen würden, wenn wir keine Sicherheit haben, dass wir das Museum auch weiterbetreiben können. Und weiterbetreiben können wir es nur, wenn wir einen sanierten Raum haben. Dann können wir auch bereits jetzt mit dem neuen Konzept anfangen. Es soll nicht so sein, dass wir am Tag X alles ausräumen und dann auf einen Schlag das Museum neu gestalten. Das haben wir auch in der GKS probiert darzulegen. Sondern das ist ein sukzessiver Aufbau. Wir können nicht alles gleichzeitig leisten. Wenn wir das immer noch weiter hinauszögern, wird die Stiftung bald kein Geld mehr haben, und ohne Geld können wir auch keine Gelder mehr akquirieren, weil wir keine Grundlagen haben für eine Örtlichkeit, wo wir das Museum betreiben könnten. Die Sicherheiten sind nicht da. Wo ist also das Huhn und wo das Ei? Wir stecken in einer verzwickten Situation. Ich bitte Sie, die CHF 30'000 für die Sanierung im Budget zu belassen. Der Stadtpräsident hat an der FRK-Sitzung gesagt, dass die GKS eine Empfehlung abgibt und der Stadtrat darüber entscheidet, ob man die CHF 30'000 für die Sanierung ausgibt, wenn die weiteren Abklärungen der Stiftung getroffen worden sind.

GR R. Herzog: Das Thema beschäftigt uns schon länger und immer wieder in verschiedenen Kreisen, in der GKS, in der FRK und hier im Gemeinderat. Hier geht es um eine Basissanierung, damit man auf deren Basis dann überhaupt eine neue Ausstellung aufbauen könnte. Letzteres ist aber davon abhängig, ob der Stadtrat auf Empfehlung der GKS dereinst einem Konzept zustimmen wird. Die CHF 30'000 braucht es also vielleicht nächstes Jahr, vielleicht aber auch nicht. Das wissen wir nicht, und es ist abhängig vom Zeitfaktor, wie schnell es vorwärtsgeht und letztlich von einem Entscheid. Die Argumentation, dass die Stiftung bald kein Geld mehr hat, konnte ich gerade nicht ganz nachvollziehen, denn solange man die Sanierung nicht macht, muss auch niemand Geld in die Hand nehmen. Die Diskussion dreht sich darum, ob der Betrag im Budget sein soll für den Fall, dass man zum Schluss kommt, den Betrieb längerfristig einzurichten, damit man dann die Sanierung machen kann. Das könnte man grundsätzlich auch mit einem Nachtragskredit machen, falls man Mitte des Jahres 2027 zum Schluss käme, dass man es nun wirklich vorwärtstreiben will, das Konzept steht und abgesegnet ist usw. Statt dann nochmals ein Jahr oder ein halbes Jahr zu warten, könnte man mit einem Nachtragskredit arbeiten. Ich habe aber nicht ganz verstanden, was diese CHF 30'000 mit der finanziellen Lage der Stiftung zu tun haben. War die Idee, dass die Stiftung diese CHF 30'000 allenfalls investieren müsste?

GR Knöpfli: Ich habe überhaupt keine Stellung genommen zu den finanziellen Möglichkeiten der Stiftung. Mir geht es um das Risiko, das die Stiftung trägt.

GR R. Herzog: Die Frage ging nicht an dich, sondern an SR Beringer.

GR Knöpfli: Du hast aber noch einen anderen Punkt angesprochen, wo du nicht ganz sicher bist. Mir geht es nicht darum, ob etwas investiert wird oder nicht. Mir geht es einzig und allein um die Sicherheit für die Stiftung, dass die subventionierte Miete im Zusammenhang mit dieser Sanierung und dem neuen Konzept auf eine längere Frist sichergestellt ist. Ich möchte SR Beringers Gesicht sehen, wenn er jetzt für die Stiftung CHF 170'000 sammelt, für CHF 30'000 den Raum ein bisschen auf Vordermann bringt, und in ein oder zwei Jahren kommen wir im Gemeinderat aus irgendeiner Laune heraus auf die Idee, die subventionierte Miete zu streichen. Was macht die Stiftung dann, wenn sie jetzt schon knapp bei Kasse ist?

SR Beringer: Im Jahr 2026 muss die Stiftung die Miete bezahlen. Erst im Jahr 2027 wäre sie subventioniert.

GR R. Herzog: Aber das hat nichts mit den CHF 30'000 zu tun, über die wir jetzt sprechen. Dabei geht es um den Grundsanierungsbedarf und nicht um die subventionierte Miete. Was GR Knöpfli gesagt hat, sehe ich auch so, dass erst Sicherheit herrschen müsste. Wir sprechen jetzt über die CHF 30'000.

GR C. Brändli: Es ist zwar alles miteinander irgendwie verknüpft, aber ich sehe es wie GR Knöpfli und GR R. Herzog. Ich denke, wenn es so weit ist, könnten wir wirklich mit einem Nachtragskredit arbeiten. SR Beringer ist dann wahrscheinlich schon Richtung Italien abgeflogen und baut dort Tomaten oder sonst etwas an, also ist es ihm wahrscheinlich relativ egal, was GR Knöpfli dann dazu sagt. Ich bin auch der Meinung, wir streichen es heraus, und wenn der neue Departementschef die langfristige

Mietlösung in einer Leistungsvereinbarung mit SR Moos ausgehandelt hat, geht es in die Zukunft. Jetzt ist es verfrüht. Bitte gebt dem Antrag statt und streicht den Betrag aus dem Budget.
STP Niederberger: Für uns ist ein Nachtragskredit absolut kein Problem. Ich wäre dann einfach froh, wenn der Gemeinderat uns dann nicht rügen würde, weil wir einen Nachtragskredit gebracht haben.
GR C. Brändli: Das kann ich dir nicht versprechen, aber ich werde mir Mühe geben, dass es nicht passiert.

Abstimmung
Der Antrag von GR Knöpfli auf Kürzung von CHF 665'000 auf CHF 635'000 beim Konto 0290.3144.00.00 wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Seite 8, 0225.3169.00 – Microsoft Lizenzen
GR Schulthess: Ich würde dem Stadtrat gern helfen, gegenüber dem Lock-in der Firma Microsoft ein bisschen selbstbewusster aufzutreten. Böse Zungen würden sagen, dass es sich beim Lock-in um eine Erpressung handelt, die es ausnützt, dass man darin gefangen ist und die Lizenzkosten Jahr für Jahr in die Höhe treibt, ohne dass der Stadtrat sich wehren kann. Wenn wir den Kredit auf CHF 100'000 kürzen, könnte er Microsoft gegenüber rechtfertigen, dass politisch leider nicht mehr möglich ist. Der Antrag lautet also, diesen Betrag auf die CHF 100'000 zurückzubauen, wo wir einmal waren. Dies ohne die Betrachtung, dass es noch weitere Mitarbeiter gibt.
STP Niederberger: Das ist ein Evergreen, der kommt jedes Jahr. Ich kann wieder dasselbe sagen wie immer. Erstens haben wir das in der GPK vorgestellt und dabei sehr klar aufgezeigt, wie es mit den Lizenzen läuft. Zweitens beobachten wir auch ständig, was andere Gemeinden oder der Bund mit Linux oder anderen Systemen machen. Aber die sind schlichtweg noch nicht so weit. Das wären Millionenprojekte, und ich möchte Kreuzlingen nicht zumuten, da eine Pilotgemeinde mit einem solchen neuen System zu sein. Und drittens, wenn man bei Microsoft-Lizenzen das Geld streicht, könnten unsere Leute nicht mehr so arbeiten, wie sie es müssten. Es wäre dasselbe, wie wenn man dem Strassenarbeiter die Schaufel oder dem Maler den Pinsel wegnehmen würde. Daher bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen, damit wir weiterhin mit unseren Computern und Softwaren weiterarbeiten können.
GR Lorenzelli: Ich weiss nicht, wie gross die Microsoft 365 Station bei uns auf der Stadtverwaltung ist. Aber ich kann aus Erfahrung sagen, dass beim Versuch, bei Softwareherstellern einen besseren Preis auszuhandeln oder die Anzahl Lizenzen zu reduzieren, in der Regel ein Automatismus namens Audit ausgelöst wird. Im Audit, das meistens vertraglich festgelegt ist, kommt es dann dazu, dass der Hersteller schaut, wie viele Lizenzen man wirklich braucht. Das geht meistens ins Auge. Dabei kommt meistens heraus, dass sie pro Lizenz mehr verlangen. Dieser Versuch ist keine gute Idee.
GR Schulthess: Man ist heutzutage sowieso gezwungen, Lizenzaudits zu betreiben. Dieses Audit dauert für die Firma Microsoft drei Sekunden. Die Office 365 Lizenzen, über die wir sprechen, sind sowieso in der Cloud. Da gibt es kein Audit vor Ort. Die Firma Microsoft weiss auf die Lizenz genau, wie viel in der Stadt betrieben wird. Das mit dem Audit ist aus meiner Sicht Vergangenheit. Zum Einwand des Stadtpräsidenten: Ich habe nicht gefordert, dass man den Lizenztyp ändert oder Richtung freie Software geht. Das geht für diese Stadt ein bisschen zu weit, und das müsste man wollen. Das ist nicht das Thema. Ich würde bei der jetzigen Konstellation bei den Microsoft-Lizenzen bleiben, ich würde aber den Verhandlungsspielraum, den man beim Lizenzpreis ein Stück weit hätte, besser ausnutzen. Aber wenn ihr dem Stadtrat diese Möglichkeit nicht gebt, indem ihr es politisch reduziert, bezahlt er halt, was es kostet. Und ich kann euch jetzt schon sagen, wie viel es prozentual nächstes Jahr kosten wird – zu Lasten des Steuerzahlers mit demselben Funktionsumfang.

Abstimmung
Der Antrag von GR Schulthess, im Konto 0225.3169.00 den Betrag von CHF 165'000 auf CHF 100'000 zu reduzieren, wird mit 1 Ja-Stimme gegen 31 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 11, 1401.3132.00 / 3132.01 – Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten
GR Andres: Ich beantrage im Namen der FRK, die beiden Konten zu einem Konto zusammenzulegen, weil nicht nachvollziehbar ist, warum diese getrennt ausgewiesen werden.
STP Niederberger: Im Konto Einwohnerwesen ist auch das Einbürgerungswesen enthalten. In der Vergangenheit war das ein Konto mit relativ hohen Beträgen. Aus dem Gemeinderat kam zu Recht die Frage, warum die juristischen Aufwendungen im Einwohneramt so hoch seien. Das waren insbesondere Aufwendungen im Zusammenhang mit Einbürgerungen. Deshalb haben wir, um das transparent auszuweisen, die Konten getrennt. Damit kann aufgezeigt werden, wie hoch die juristischen Aufwendungen im Einwohnerwesen und bei den Einbürgerungen sind. Wenn der Gemeinderat die beiden Konten wieder zusammenlegen will, ist das für uns kein Problem.
GR Salzmann: In drei bis vier Jahren diskutieren wir wieder über Einbürgerungsgebühren, dann nehmen wir die Konten wieder auseinander. Ich denke, so eine Übung brauchen wir nicht. Lassen wir es, wie es ist.
GR Wolfender: Es war bis dato so, wie wir es letztes Jahr hatten und nicht so, wie es jetzt ist. Das ist etwas Neues, was aufgrund einer Meinungsäusserung in der letzten Budget- oder der Rechnungsdebatte geändert wurde. In der Legislative haben wir Einbürgerungskosten. Wir haben in der Kanzlei Einbürgerungskosten in den Personalkosten. Wir haben überall die Einbürgerungskosten drin. Und in der FRK-Sitzung wurde explizit gesagt, dass man diese Zahlen separat ausweisen kann. dann verstehe ich nicht, wieso genau diese juristischen Kosten separat ausgewiesen werden müssen, ausser man möchte irgendetwas an den Pranger stellen. Das empfinde ich so, wenn als einziges Gewerk die Einbürgerung herausgenommen wird und die juristischen Kosten für die Einbürgerungen explizit so dargestellt werden. Es ist übrigens nur ein kleiner Teil der gesamten Einbürgerungskosten.

Abstimmung
Der Antrag der FRK auf Zusammenlegung der Konten 1401.3132.00 und 1401.3132.01 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 21, 3290.3511.00 – Einlage in Fonds EK (Kunstfonds)
GR Müller: Mit dem Budget 2026 wurde die Einlage in den Kunstfonds um CHF 10'000 von CHF 35'000 auf CHF 25'000 gekürzt. An der letztjährigen FRK-Sitzung wurde erklärt, diese Sparübung sei auf drei Jahre ausgelegt und werde dann erneut überprüft. Man gehe davon aus, dass auch ein Betrag von CHF 25'000 genug sei. Ich denke aber, man kann bereits nach einem Jahr sagen, dass es nicht ausreichend ist, zumindest nicht für das, wofür der Kunstfonds gedacht ist. Ich stelle den Antrag, die Einlage in den Kunstfonds wieder von CHF 25'000 auf CHF 35'000 zu erhöhen. Ich stelle damit einen Antrag der vor einem Jahr bereits einmal gestellt wurde und nur sehr knapp mit 19 gegen 18 Stimmen abgelehnt wurde. Vor einem Jahr war ich Gemeinderatspräsidentin und äusserte mich deshalb nicht zu diesem Antrag. Ich war ausserdem Mitglied der Kunstkommission. Das bin ich auch jetzt noch, zumindest noch bis zum nächsten Frühling. Es wird manchmal bezweifelt, ob es so gut ist, wenn in den stadträtlichen, beratenden Kommissionen auch Gemeinderatsmitglieder vertreten sind. Immerhin kann ich euch so jetzt aber näherbringen, was mit diesem Kunstfonds eigentlich gemacht wird und warum es meiner Meinung nach eine Einlage von CHF 35'000 braucht. Die Kunstkommission ist ein Fachgremium. Unter den Mitgliedern sind zum Beispiel eine Kunsthistorikerin und eine Kunstsammlerin, über andere Mitglieder wird die Verbindung zur Pädagogischen Hochschule, zur Volksschule, zum Kunstverein Konstanz und zur Thurgauer Kunstgesellschaft sichergestellt. Die Kunstkommission berät den Stadtrat bei Fragen, die die Kunst betreffen. Einen wichtigen Teil macht dabei die Bewirtschaftung der städtischen Kunstsammlung aus. Werke aus der städtischen Kunstsammlung werden in öffentlichen Gebäuden ausgestellt. In den Bauten, die in den nächsten Jahren gebaut werden sollen, sollen noch vermehrt Möglichkeiten geschaffen werden, Bilder und Objekte zu zeigen. Die Kunstkommission macht dem Stadtrat sorgfältig geprüfte Vorschläge für Ankäufe mit Mitteln aus dem Kunstfonds. Pro Jahr wurden so bisher von einer oder einem in der Region Kreuzlingen tätigen Kunstschaffenden, manchmal auch von zwei ein aussagekräftiges Werk oder eine Serie gekauft. Der grössere Teil der Mittel aus dem Kunstfonds wird über zwei bis drei Jahre angespart, um dann einen Wettbewerb für Kunst im öffentlichen Raum

ausrichten und den Stadtraum mit einem Kunstwerk bereichern zu können. In den vergangenen Jahren entstanden so zum Beispiel die Skulpturen vor dem Egelsee oder die Couch im Bellevue-Areal. Der Kunstfonds hat damit im Grunde genommen drei Funktionen: Erstens bringt er die Kunst in den öffentlichen Raum. Zweitens sichert er unsere regionale Kunst als kulturelles Erbe in der Kunstsammlung der Stadt. Drittens fördert er regionale Kunstschaffende. Die Kürzung der Mittel um CHF 10'000 bedeutet, dass nur jedes zweite Jahr Kunstwerke angekauft werden können oder dass der Wettbewerb für Kunst im öffentlichen Raum nur in einem grösseren zeitlichen Abstand ausgerichtet werden könnte. Auch diese Möglichkeit ist unschön, vor allem weil in den nächsten Jahren mehrere neue städtische Gebäude und damit auch Vorplätze entstehen werden, die sich als Anlass für nächste Wettbewerbe natürlich sehr anbieten. Die CHF 10'000 sind auf das städtische Budget gesehen ein kleiner Betrag, aber für das Kunstschaffen machen sie einen entscheidenden Unterschied. Ich bitte euch deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

GR Salzmann: Ich stelle einen Gegenantrag, den man dann gegenüberstellen kann. Man kann sich Seite 22 von Beilage A anschauen, 6. Zeile: Entnahme aus Fonds Eigenkapital Kunst auch CHF 25'000. Eine bessere Darstellung finden wir auf dem Hauptprodukt auf Seite 13 Eigenkapitalnachweis. Da sehen wir, dass der Kunstfonds CHF 93'000 enthält, was nicht Geld ist, sondern einfach eine buchhalterische Grösse. Man macht Einlagen von CHF 25'000 sowie Entnahmen von CHF 25'000. Nichts anderes. Eigentlich brauchen wir den Fonds gar nicht, denn wir legen genauso viel in den Fonds, wie wir wieder ausgeben. Ich habe noch nie verstanden, warum es diesen Fonds gibt. Ich bin nicht gegen diese Ausgaben, aber den Fonds braucht man nicht. Er enthält CHF 93'000. Das heisst, wenn irgendetwas Besonderes ist, kann man sogar noch mehr entnehmen, weil es ein Fonds ist. Es braucht nicht einmal eine Einlage, und trotzdem kann man CHF 25'000 ausgeben. Deshalb lautet mein Antrag: Einlage CHF 0.

GR Müller: Ich wäre dir sehr verbunden, geschätzter GR Salzmann, wenn du zuhören würdest, wenn ich etwas sage, statt einfach abzuspulen, was du dir schon vorgenommen hast. Ich habe gerade erklärt, dass über zwei bis drei Jahre Geld zurückgelegt wird, das wurde jetzt gemacht, damit wir dieses Jahr einen Wettbewerb für Kunst im öffentlichen Raum durchführen konnten. Vier Künstler resp. Kunstkollektive wurden eingeladen und haben über mehrere Monate Projekte erarbeitet, diese wurden juriert, und das wird jetzt umgesetzt. Da muss man Geld ansammeln, denn für die Erarbeitung so einer Skulptur braucht es Geld. Das kann man nicht mit ein paar Tausend Franken machen. Deshalb wird das Geld angespart, damit wir so etwas in der Stadt umsetzen können. Deshalb hat es im Moment recht viel Geld drin, das wird aber ganz bald wieder ganz unten sein. Wir prüfen alles sehr sorgfältig. Im Kunstfonds ist ständig Bewegung drin. So viel Geld, wie es drin hat, wird auch wieder verwendet.

SR Moos: Meine zukünftige Stadtratskollegin hat es bereits erwähnt. Der Kunstfonds ist zum einen dafür da, unsere namhafte Kunstsammlung in Kreuzlingen zu bewirtschaften, zum anderen aber auch, um Kunst im öffentlichen Raum zu pflegen und auch zu errichten. Wie GR Müller ausgeführt hat, ist gerade ein Wettbewerb gelaufen, und zwar im Rahmen der Sanierung des Kulturzentrums an der Hafenstrasse. Dort hat man eine Wegweisersituation geschaffen. Man wollte den Zugang zum zukünftig sanierten Kulturzentrum gestalterisch attraktiver machen. Dazu wurde ein Wettbewerb lanciert. Allein die Wegweisersituation, die dort entsteht, kostet rund CHF 75'000. Das wird von den CHF 93'000, die GR Salzmann erwähnt hat, zeitnah abgezogen. Das heisst, wir sind auf diese Einlage angewiesen, um den Fonds wieder entsprechend zu äufnen. Wie GR Müller es bereits gesagt hat, steht ja doch das eine oder andere Projekt an. Ich erinnere an die Bodensee-Arena oder auch an unsere Verwaltungsliegenschaften, die wir sanieren und umbauen. Auch dort wird es Kunst am Bau geben. Aus meiner Sicht wäre es ein Armutszeugnis für die Stadt Kreuzlingen, wenn wir das nicht bewerkstelligen könnten, wie auch andere Städte in der Schweiz oder im Thurgau das machen. Ich begrüsse natürlich den Antrag von GR Müller, die Einlage um CHF 10'000 zu erhöhen.

GR Salzmann: Auf Seite 13 des Hauptprodukts steht: 1. Januar 2027 approximativ CHF 93'000. Das heisst, die CHF 75'000, die du erwähnt hast, ist zwar nett, aber es ist eine Nebelpetarde. Die CHF 3'000 bleiben Ende Jahr nämlich übrig. Das heisst, es hat immer noch reichlich Geld in diesem Fonds. Mit diesen CHF 75'000 kann man jetzt nicht kommen. Es sei denn, diese Zahl hier ist falsch, dann sieht es anders aus.

Abstimmung
Der Antrag von GR Müller obsiegt mit 20 Stimmen über den Antrag von GR Salzmann mit 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Abstimmung
Der Antrag von GR Müller auf Erhöhung des Betrags im Konto 3290.3511.00 auf CHF 35'000 wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 38, 5450.3636.00.00 – Beiträge an Familienprojekte
GR Salzmann: Abgesehen davon, dass es nicht unbedingt Anglizismen braucht, um gute Politik zu machen, handelt es sich hier um ein Gemeindeentwicklungsprogramm der Radix Gesundheitsstiftung. Es handelt sich um eine Gesamtstrategie zur Verstärkung von Schutzfaktoren und zum Abbau von Risikofaktoren in den Lebenswelten von Jugendlichen (Schule, Familie, Freizeit und Quartier). So heisst es auf der Homepage. Wir haben gute Schulen in unserer Stadt, wir haben eine sehr niederschwellige OJA, wir haben eine gute, lebendige Vereinslandschaft, die wir gern mit Steuergeldern fördern. Wofür braucht es das denn jetzt auch noch zusätzlich?
SR Moos: Ich muss mich entschuldigen. Ich habe heute einen anderen Laptop dabei, das soll keine Ausrede sein, und ich habe keinen Zugriff auf unsere Unterlagen auf dem Server. Daher kann ich dazu keine Auskunft geben.
STP Niederberger: Ich glaube, das ist ein Projekt von der Schule bei der Jugendförderung im Bereich Gesundheit. Dabei handelt es sich um eine Umfrage bei Jugendlichen im Gesundheitsbereich. Es ist ein gemeinsames Projekt von Schule und Stadt zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen.
GR Schulthess: Eigentlich hat die Schule für so etwas ein eigenes Budget. Wir haben eine Trennung zwischen Schule und Stadt. Ich finde, das gehört nicht in unser Budget. Da GR Salzmann keinen Antrag gestellt hat, stelle ich ihn, das Konto um diese CHF 10'000 zu reduzieren.

Abstimmung
Der Antrag von GR Schulthess, den Betrag bei Konto 5450.3636.00.00 um CHF 10'000 zu reduzieren, wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

GR Salzmann: Auf der gleichen Zeile haben wir noch eine UNICEF-Zertifizierung von CHF 10'000. Es geht also um eine Zertifizierung, nicht um etwas Inhaltliches. Wer einen Stempel braucht, um zu wissen, ob er es richtig macht, verkauft sein Gewissen an die Normierung. Zertifikate sind das Beruhigungsmittel von Menschen, die verlernt haben, Risiken selbst einzuschätzen. Wer ein Zertifikat verlangt, sucht oft nicht Qualität, sondern einen Sündenbock für den Fall des Scheiterns. Der Steuerzahler bezahlt den Stadtrat, dass er selbst weiss, was er tut. So eine Zertifizierung brauchen wir nicht. Ich beantrage die Streichung.
SR Moos: Diesmal kann ich antworten. Übrigens, das Alterszentrum ist auch zertifiziert. Offensichtlich braucht ihr das auch, um zu wissen, wie ihr wirken sollt. Und genauso ist es auch bei der UNICEF-Rezertifizierung. Zum einen ist es eine Auslegeordnung, was wir für die Jugend in Kreuzlingen machen. Es ist nicht so, dass nur die Schule die Jugend verantwortet, sondern die Schule ist nur dafür zuständig, was in der Schule selber passiert. Jugendliche sind nicht nur in der Schule, sondern die haben auch Freizeit, und dafür ist die Stadt verantwortlich. Die Rezertifizierung des UNICEF-Labels gibt uns die Chance, eine Auslegeordnung zu machen und entsprechende Massnahmen abzuleiten, wo wir uns in der Jugendarbeit verbessern können.
GR Salzmann: Der Ordnung halbe möchte ich erwähnen, ich bin hier drin Volksvertreter wie die anderen 39 auch und nicht Vertreter meines Arbeitgebers.

STP Niederberger: Ich möchte ergänzen, dass das UNICEF-Label auf Antrag oder auf Wunsch des Gemeinderats gemacht wurde. Das ist nicht eine eigene Erfindung des Stadtrats, sondern das wurde hier im Gemeinderat beschlossen und wir setzen es um.

Abstimmung
Der Antrag von GR Salzmann auf Kürzung des Betrags im Konto 5450.3636.00.00 u, CHF 10'000 wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 53, 7500.3131.00 – Planungen und Projektierungen Dritter
GR Salzmann: In den Erläuterungen heisst es digitale Vegetationsanalyse. Der Stadtrat hat in seiner Prioritätensetzung offensichtlich entschieden, dass die Stadt ohne eine digitale Vegetationsanalyse für vermutlich CHF 25'000 bis CHF 30'000 nicht leben kann. Ich als Steuerzahler kann das. Wieder mehr Administration, wieder mehr Komplexität – das sind die Begriffe, die wir immer hören, wenn wir mehr Stellen brauchen. Da können wir die Bauverwaltung für einmal ein bisschen entlasten. Dieser Antrag dient zur Entlastung der Bauverwaltung. Streichung der digitalen Vegetationsanalyse.
SR Zülle: Ich hoffe, ich sage es richtig, aber das ist die Analyse, wo man schaut, wie grün unsere Stadt ist. Man macht eine Aufnahme von oben her und macht auch Zählungen, und nach wenigen Jahren vergleicht man, ob die Stadt grüner oder grauer geworden ist. Gerade im Zuge des Projekts 1000 Bäume für Kreuzlingen bis zum Jahr 2035 müssen wir auch noch feststellen, ob man es gemacht hat oder nicht, was für Auswirkungen es hat, wie sich unsere Stadt und ihre Grünräume entwickeln usw. Dafür ist diese Analyse. Wenn ich die Vorstösse anschaue, die in letzter Zeit eingereicht wurden, gerade das mit den Bäumen, muss ich sagen, müssen wir auch schauen, ob es stimmt, ob es fruchtet. Darum braucht es eine Bestandesaufnahme. Und dann braucht es auch immer wieder ein neues Rating. Man schaut und vergleicht. Diese Analyse kostet ein bisschen Geld, aber sie ist natürlich Gold wert, wenn man das feststellen kann. Wir wollen eine grüne Stadt, und zwar nicht einfach politisch grün, sondern eine grüne Stadt mit Pflanzen. Deshalb wollen wir, dass man das bitte im Budget lässt.
Die Ratspräsidentin: Sind die ganzen CHF 34'000 für die Analyse?
SR Zülle: Für die Analyse sind CHF 28'000 vorgesehen.
GR Salzmann: Ich möchte festhalten, dass wir das Thema mit den 1000 Bäumen im Gemeinderat noch gar nicht behandelt haben. Darüber werden wir hier noch befinden. Wir werden unsere Meinungen austauschen und irgendwann einen Beschluss fassen – dafür oder dagegen. Ich habe zu diesem Thema persönlich noch keine Meinung. Und jetzt etwas, was wir hier im Gemeinderat gar noch nicht beschlossen haben, zu nehmen als Begründung, dass wir im Budget jetzt schon Geld ausgeben, finde ich mehr als schräg.
GR Ricklin: Ich bin in dieser Biodiversitätskommission und ich finde es auch ganz wichtig, dass diese Themen nicht miteinander vermischt werden. Hier geht es um die Analyse. Wir haben schon sehr viel gemacht in der Biodiversitätskommission. Wir hatten schon sehr viele Massnahmen, die schon abgeschlossen sind oder noch am Laufen sind oder die wir noch initiieren werden. Weil wir unseren Auftrag auch nicht irgendwie als erledigt anschauen, müssen wir wissen, wie es weitergeht, resp. wo die blinden Flecken sind, wo wir noch etwas machen können, wo wir etwas bewirken können und wo wir für unsere Stadt im Sinne der Biodiversitätsmotion, die damals in Auftrag gegeben wurde, mehr machen können. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hat die Analyse mehrere Stufen. Wir haben gesagt, wir wollen mur Basic haben. Wir wollen am Schluss keine Zertifizierung, das haben wir ganz bewusst gesagt. Es könnte vielleicht sein, aber das ist überhaupt nicht unser Ziel. Unser Ziel ist, damit eine Aussenansicht zu erhalten, was wir in der Stadt Kreuzlingen noch anpacken können, was sinnvoll wäre und woran wir noch nicht gedacht haben. Und das möchten wir gern mit Profis machen.

Abstimmung
Der Antrag von GR Salzmann auf Kürzung des Betrags im Konto 7500.3131.00 um CHF 28'000 wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 53, 7500.3132.00 – Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, etc.
GR Salzmann: Wieder einmal ein Zertifizierungsprozess. Ohne das geht es in dieser Stadt offensichtlich nicht mehr. Eine Zertifizierung bedeutet, ein Stück Papier zu bezahlen, das behauptet, man könne keine Fehler machen. Zertifikate garantieren nicht, dass wir es beim Thema Grünstadt besser machen. Nichts gegen Grünstadt, wunderbar, aber ein Zertifikat macht es nicht besser. Es garantiert nur, dass wir den Fehler jedes Mal exakt wieder gleich machen, nämlich nach dieser Normierung. Der Drang nach Zertifikaten steigt proportional zur Angst vor echter Verantwortung. Deshalb beantrage ich, den Betrag Zertifizierungsprozess Grünland zu streichen.
SR Zülle: Es sind CHF 24'000. Dabei geht es vor allem um den Seeburgpark, um unser sehr schönes Naherholungsgebiet mit sehr alten Bäumen. Diese Bäume sind geschützt, und wir wollen schauen, dass wir das Artenmonitoring alle fünf Jahre durchführen. Es hat damit zu tun. Eine Zertifizierung ist, wie auch GR Ricklin es gesagt hat, nicht immer nötig. Es ist aber nicht nur die Zertifizierung, die CHF 24'000 kostet, sondern das Monitoring kostet schon viel. Das muss man machen. Ob man das Zertifikat auch noch will oder nicht, ist meistens nur ein Stempel, zu dem man vielleicht bei einer Führung noch etwas sagen kann. Da kann man es verwenden, auf der Homepage kann man es verwenden, man kann es auch ein bisschen als touristische Werbung verwenden. Aber die Arbeit ist immer das Aufnehmen der Artenvielfalt, das Monitoring, was wir im Seeburgpark für Pflanzen und Tiere haben, und zwar auch Kleinsttiere. Wir alle wissen, was der Seeburgpark für uns wert ist. Und ob er sich besser oder schlechter entwickelt, nimmt doch jeden wunder. Daher wollen wir mindestens alle fünf Jahre schauen, ob er sich gut oder schlecht entwickelt hat oder was wir korrigieren müssen. Darum bitte ich euch, es nicht zu streichen.

Abstimmung
Der Antrag von GR Salzmann, den Betrag im Konto 7500.3132.00 um CHF 24'000 zu kürzen, wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

GR Schulthess: Zu den 1000 Bäumen hätte ich noch eine Meinung. Die können nicht nur auf Autoparkplätzen wachsen, aber das ist hier nicht das Thema. Diese Position steigt markant. Das ist eigentlich im ganzen Budget sichtbar. Überall haben wir diese Honorare und Gutachten drin. Ich finde es eigentlich störend, dass wir unterdessen in jeder Kommissionssitzung und zu fast jedem Thema Rechtsanwälte mit am Tisch haben. Das bekommt ein bisschen die Tendenz, dass die Leute, die in der Kommission sitzen, denken, der Rechtsanwalt hat immer Recht, und man müsse dem entsprechen. Er vertritt letztlich auch nur eine Meinung. Ich finde es falsch, dass man so viele Honorarkosten von Rechtsanwälten hat. Und in dieser Position zeichnet sich das besonders deutlich aus. Was man vonseiten der Stadt sonst noch für Schindluderei betreibt mit Rechtsanwälten, müssen wir hier nicht bewerten, aber diese Position ist eindeutig zu hoch. Mein Antrag lautet Reduktion auf die bisherigen CHF 13'000.

Abstimmung
Der Antrag von GR Schulthess, den Betrag beim Konto 7500.3132.00 von CHF 70'000 auf CHF 13'000 zu reduzieren, wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 54, 7610.3130.04 – Projektkosten Massnahmenplan Klima
GR Salzmann: Ich habe eine Frage zum Konto mit der Anmerkung Potenzialstudie lokale Treibhausgassenken-Projekte. Das hat einen Umfang von CHF 19'000. Da geht es nur um eine Studie und nicht um das Senken der Treibhausgase, sondern um herauszufinden, ob da überhaupt ein Potenzial besteht. So habe ich es verstanden. Ich bitte um eine Bestätigung, ob ich das richtig verstanden habe. Dazu meine Frage: Ist diese Potenzialstudie so ausgelegt, dass der Stadtrat bei der Nutzung des Potenzials auf den Börsenkurs des CO_2 achtet oder nicht.

SR Zülle: Es geht hier um den CO_2-Ausstoss. Wir sollten diesen senken auf Netto Null bis zum Jahr 2050. Das ist eine gesetzliche Vorgabe, und das werden wir wahrscheinlich nicht schaffen. Das wird fast nicht möglich sein. Dann gibt es Möglichkeiten, das zu kompensieren. Kompensieren kann man es, indem man zum Beispiel begrünt, eine andere Bauweise macht, zum Beispiel auch Fassaden begrünt. Oder was die TKB gerade macht, dass man die alte Fassade recycelt und wieder nutzt. Solche Sachen sind denkbar, deshalb haben wir die CHF 19'000 eingestellt für das Management, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen entweder mit Zertifikaten – hoffentlich nicht – oder mit anderen Mitteln wie Pflanzen, die die Treibhausbilanz verbessern. Ich bin der Meinung, dass die Offerte es wert ist, das Potenzial für CHF 19'000 mit uns zusammen herauszufinden. Man kann schon sagen, Kreuzlingen allein nützt nichts, aber wenn alle etwas machen, nützt es etwas. Und da müssen wir mitmachen. Ob das Gemeinden sind, ob das Kantone oder die Länder sind. Wir können die Hitzesommer nur loswerden, wenn wir etwas gegen den CO_2-Ausstoss machen. Ich hoffe, wir schaffen es und erreichen das Ziel. Die Begleitung dazu kostet halt etwas, aber ich glaube, das ist jeden Franken wert. Wo die Aktien sind, weiss ich nicht, das ist mir auch egal. Ich möchte weniger CO_2 in der Luft und fertig.
GR Salzmann: Der Stadtrat hat hiermit wunderbar dargelegt, dass ihm die haushälterische Nutzung unserer Steuergelder egal ist. Wir haben einen Börsenpreis von derzeit CHF 80 pro Tonne. Also alles, was wir an Ausstoss senken können, was günstiger ist als CHF 80, sollten wir machen. Das ist wunderbar. Alles, was darüber ist, ist eine Geldverschwendung. Und da der Stadtrat mir jetzt nicht garantieren kann, dass er sich an den Börsenkurs hält, der dann in zwei Jahren ist, ist das keine haushälterische Nutzung. Schade. Ich wollte eigentlich keinen Antrag stellen, weil ich dachte, dass die Antwort entsprechend kommt. Aber somit stelle ich den Streichungsantrag der CHF 19'000.
SR Moos: Vielleicht kann ich da ein bisschen Erhellung in diese Thematik bringen. GR Salzmann hat vorhin gesagt, Zertifikate sind überhaupt nichts, braucht man nicht. Bei den Börsenwerten, die du genannt hast, geht es genau um Zertifikate. Diese Argumentation verstehe ich nun nicht ganz. Aber ich kann es eigentlich ganz kurz machen und in einem Satz erklären. Mit der Potenzialstudie wird eine klimapolitische Landkarte von Kreuzlingen erstellt. Man sieht die Senkungen und die Potenziale. Was man in Kreuzlingen bis zum Jahr 2050 mit Massnahmen nicht erledigen kann, wird dann halt über den Emissionshandel gemanagt, was aus meiner Sicht aber die teuerste Variante wäre. Erst muss man wissen, was wir in Kreuzlingen überhaupt haben, und genau das macht diese Potenzialstudie.
GR Salzmann: Ich habe die Frage gestellt, ob wir die Analyse für CHF 19'000 machen und für einen Betrag, der tiefer ist als der Börsenkurs etwas machen können. Dann machen wir das. Völlig einverstanden. Aber ihr weigert euch jetzt als Stadtrat zu sagen, dass wir nur die Massnahmen machen werden, die unterhalb des Börsenkurses sind. Das sagt ihr nicht, und weil ihr das nicht sagt, gibt es einen Streichungsantrag. Es sei denn, ihr sagt es noch, dann würde ich ihn zurückziehen.
SR Moos: Nochmals zur Erklärung: Diese Potenzialstudie ist eine Auslegeordnung von dem, was wir in Kreuzlingen haben. Solange wir diese Auslegeordnung nicht haben, können wir gar nichts sagen. Das wäre nicht seriös.
GR Salzmann: Wenn ihr nicht die Absicht habt, nur die Potenziale zu nutzen, die unterhalb des Börsenkurses sind, macht ihr keine haushälterische Nutzung der Steuergelder. Ihr beantwortet die Frage nicht. Damit ist es klar, man kann für einen komischen Betrag diese Zertifikate kaufen oder es selbst machen. Aber ihr seid offensichtlich nicht bereit, euch bei den Massnahmen der Stadt Kreuzlingen am Börsenpreis zu orientieren. Der Streichungsantrag bleibt bestehen.

Abstimmung
Der Antrag von GR Salzmann auf Streichung des Betrags von CHF 19'000 im Konto 7610.3130.04 wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Beilage B, Beiträge Budget 2027

Seite 5 Subventionierte Mieten und Baurechtszinsen: Musseen

GR Salzmann: Diesmal geht es um die subventionierte Miete für das Feuerwehrmuseum. Das Thema Feuerwehrmuseum beschäftigt den Gemeinderat schon seit Längerem, auch in der FRK und der GKS. Letztes Jahr haben wir die subventionierte Miete für das Feuerwehrmuseum gestrichen, weil damals keinerlei Bemühungen erkennbar waren, das Projekt wirklich zum Leben zu erwecken. Der Stadtrat hat gemäss Auskunft in der FRK nicht die Absicht, eine Botschaft zu diesem Thema zu machen. GR Knöpfli hat das ein bisschen lustig formuliert. Vielleicht kommt das doch noch, damit der Stadtrat sich hinter diesem Museum versammelt. Dafür wurde in den letzten Monaten wahrscheinlich doch allzu viel Porzellan zerschlagen. Aber der Stadtrat hat jetzt den Betrag für die subventionierte Miete wieder eingestellt. Was ist denn in den letzten 12 Monaten gelaufen? Es wurden zwei Konzepte erstellt, ein Ausstellungskonzept von einer externen Person auf Kosten der Feuerwehrstiftung. Man hat Geld in die Hand genommen, hat das Konzept erstellt, und das Ausstellungskonzept ist wirklich gelungen. Aber man hat Geld in die Hand genommen und nicht das Papier. Dann noch ein Papier, das sich Betriebskonzept nennt. In einem Betriebskonzept werden meines Erachtens die laufenden Kosten für Öffentlichkeitsarbeit mit CHF 1'000 viel zu tief angesetzt. Flyer, Inserate, Homepage – jene, die gerade den Wahlkampf hinter sich haben wissen, das kostet locker das Vielfache. Also unrealistisch. Im Betriebskonzept wird das Thema Sonderausstellungen erwähnt, im Ausstellungskonzept nicht. Widerspruch. Es steht nichts zur Vernetzung mit dem lokalen Veranstaltungskalender. Es steht nichts, was die Museumsleitung kostet, ob da jemand angestellt ist oder gratis arbeitet, ob es ein Angestellter der Stadt ist und ob er es während der Arbeitszeit oder während der Freizeit macht. Alles unklar. Es steht nicht da, welche Ressourcen an Freiwilligen es für welche Art von Chargen (Aufpasser, Reinigung usw.) bedarf. Aufgrund der geplanten Ausdehnung der Öffnungszeiten braucht es wahrscheinlich mehr Ressourcen vom Verein, der kaum mehr Ressourcen zu bieten hat, auch wenn der Präsident das anders sieht. Anzahl Stunden etc. – alles fehlt. Anhang 3 mögliche Kooperationspartner: Wir durften in der FRK feststellen, dass noch keine Sponsoringgelder hereingekommen sind. Also auch nur eine theoretische Auflistung. Im Anhang 2 sind keine Sponsoringerträge ersichtlich. Fazit: Man hat sich ein Ausstellungskonzept gekauft, das Betriebskonzept ist mangelhaft, und es wurde absolut nichts umgesetzt. Keine Spendenerträge, keine Flyer, keine Homepage, einfach nichts. Das Ganze hat man der GKS erklärt, und wenn man es erklärt, glaubt man, dass man eine Zustimmung hat und dass dann alles in Ordnung ist, um es ins Budget einzustellen. Wer Steuergelder will, soll erst einmal Vorleistungen an den Tag legen und nicht umgekehrt. Ich beantrage daher, CHF 21'900 für das Feuerwehrmuseum zu streichen. Es ist mir klar, dass, wenn wir es jetzt wieder streichen, das Vermögen der Stiftung noch geringer wird. Und ganz ehrlich, ihr hattet ein Vermögen, habt das irgendwo verpulvert, und wenn halt nichts mehr da ist, dann ist das auch ein Zeichen, ob man in dieser Stadt ein Feuerwehrmuseum braucht oder nicht. Schade.

SR Beringer: Wenn man ein Feuerwehrmuseum beerdigen will, dann kann man das machen. Als ehemaliger Feuerwehrler hätte ich das von dir nicht unbedingt erwartet. Es ist richtig, wenn die subventionierten Mieten jetzt wegfallen, müssen wir die Miete für die Jahre 2026 und 2027 selbst bezahlen. Dann hat die Stiftung kein Geld mehr, das hast du richtig gesehen. Wenn du uns vorwirfst, dass wir jetzt noch keine Spendengelder haben, dann ist das rein der Tatsache geschuldet, dass wir nicht Spendengelder anfordern können, wenn wir gar nicht wissen, ob wir überhaupt weitermachen dürfen oder nicht. Das habe ich bereits in meinem letzten Votum zu diesem Thema gesagt. Das ist für uns gar nicht möglich. Ich bitte darum, diese CHF 21'900 als subventionierte Mieten beizubehalten, ansonsten werden wir mit grösster Wahrscheinlichkeit das Feuerwehrmuseum beerdigen müssen.

GR Salzmann: Ich nehme den Vorwurf nicht an, dass ich ein Museum beerdige. Wir sind seit fünf Jahren am Diskutieren, seit fünf Jahren läuft nichts. Es wird nur Geld ausgegeben, und bis jetzt wurde gar nichts gemacht. Da spreche ich jetzt mit dem Stiftungspräsidenten und mit dem Stadtrat und mit dem Feuerwehrverein und allen Beteiligten. Ihr müsst in die Pötte kommen. Ich habe es vor einem Jahr schon gesagt. Ihr habt es nicht gemacht. Also ich beerdige kein Museum. Euer Verhalten beerdigt ein Museum.

SR Moos: Diesen Vorwurf lasse ich nicht ganz auf mir sitzen. Die Stiftung hat ein Konzept gebracht. Es ist vielleicht noch nicht das Ei des Kolumbus, aber es ist die Grundlage, die man weiterentwickeln kann. Es braucht Zeit, das stampft man nicht einfach aus dem Boden. Ich glaube, wenn GR Salzmann dem die ganze Zeit Knüppel in den Weg legt, wird es für die einzelnen Akteure sehr schwierig, da überhaupt Sponsorengelder einzufordern. Das liest man unter Umständen in den Medien, es diffundiert durch die Gesellschaft, was da zum Thema Feuerwehrmuseum abgeht. Ich finde es schon langsam peinlich, muss ich ehrlich sagen. Ich denke, es braucht seine Zeit und ich bin überzeugt, dass es eine gute Lösung geben wird, wenn man dem auch Zeit gibt und die Chance, sich zu entwickeln. Wenn man jetzt schon den Stecker zieht, können wir aufhören. Dann finde ich es auch schade, dass man das nicht schon vor einem Jahr oder vor zwei Jahren gemacht hat. Dann hätten wir uns nämlich diese Arbeit sparen können.

Abstimmung
Der Antrag von GR Salzmann auf die Streichung der subventionierten Mietet in der Höhe von CHF 21'900 für das Feuerwehrmuseum wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

GR C. Brändli: Wir haben, SR Moos, jetzt schon etwa die dritte Variante. Die letzte Variante, und das sage ich hier drin laut und deutlich, habt ihr als Gesamtstadtrat gar nicht richtig angeschaut. Wenn ihr sie richtig durchgearbeitet hättet, hättet ihr sie nochmals zurückgewiesen. Denn so, wie die in die GKS gekommen ist, hätte sie nie kommen dürfen. Das beginnt schon bei der Titelseite. Ihr habt sie gar nicht richtig angeschaut, ihr habt sie einfach durchlaufen lassen. Ihr habt jetzt nochmals eine Chance. Das Ausstellungskonzept ist gut. Aber jetzt bringt endlich ein Betriebskonzept, das diesen Namen auch verdient. Jetzt müsst ihr euch endlich auf die Hinterbeine stellen, denn sonst geben wir diese CHF 21'000 jetzt noch einmal aus und dann ist es gestorben. Denn das machen wir nicht mehr lange mit. Steht auf die Hinterbeine und sagt denen endlich, was läuft, denn sonst ist es gestorben.

Rückkommen

GR Dufner: Keine Angst, es kommt kein Antrag mehr, ihr könnt euch zurücklehnen. Ich versuche auch, mich kurz zu halten. Ich habe eine Frage. Und zwar in Beilage A auf Seite 21 hat die Stadt neu einen Betriebsbeitrag von CHF 25'000 an die Büecherbrugg budgetiert. Ich stelle den Betrag grundsätzlich auch nicht infrage. Ich habe mir nur einmal sagen lassen, dass man, als die Stadt die Bodensee-Arena übernommen hat, mit der Schule abgesprochen hat, dass sie für die Büecherbrugg zuständig ist und die Stadt für die Bodensee-Arena. Bisher hatte man eine Defizitgarantie von CHF 10'000, neu hat man einen Betriebsbeitrag. Vielleicht sind die Details an mir vorbeigegangen, aber es wäre sicher wünschenswert, dass man seitens Stadt schaut, dass da mittels Salamitaktik die Büecherbrugg schlussendlich doch nicht bei der Stadt statt bei der Schule landet.
SR Moos: Die Büecherbrugg ist heute viel mehr als eine Schulbibliothek, als was sie ursprünglich gedacht war. Sie ist mittlerweile eine öffentliche Bibliothek und ein wichtiger Ort für Bildung, Leseförderung, Kultur und Begegnung für die gesamte Bevölkerung der Stadt Kreuzlingen. Rund 20'000 Nutzerinnen und Nutzer pro Jahr zeigen, dass da auch eine gewisse Leistung erbracht wird, die weit über den eigentlichen Schulauftrag hinausgeht. Die Schule trägt bereits heute den Hauptanteil der Finanzierung. Das hat historische Gründe und geht zurück auf die Volksabstimmung und auf die Entflechtung der Bodensee-Arena und der Büecherbrugg. Die CHF 25'000 sind befristet. Es geht darum, dem Aspekt der Büecherbrugg Rechnung zu tragen und sie entsprechend neu auszurichten. Das heisst nicht, dass die Büecherbrugg nachher bei der Stadt verortet ist oder dass wir schlussendlich für den Betrieb zuständig sind, sondern die Stadt ermöglicht die Neuausrichtung der Büecherbrugg bzw. dass man sich mit dieser Neuausrichtung beschäftigt. Wir sind uns dieser Situation mit dem Volksentscheid bewusst, haben es ganz genau angeschaut und sind dann zur Erkenntnis gelangt, dass dem nichts widerspricht, wenn wir da mithelfen, die Büecherbrugg neu aufzustellen und für die Zukunft fitzumachen.

Abstimmung
Dem Budget 2027 wird bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 64 % mit 26 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen zugestimmt.

Finanzplan Stadt Kreuzlingen 2027 bis 2032

GR Salzmann: Besten dank dem Stadtrat für die Präsentation des Finanzplans. Der Stadtrat hat die rechtliche Pflicht, einen solchen für drei Jahre vorzulegen. Aber darüber hinaus hat der Stadtrat noch Einblick gegeben in die gesamten 30er-Jahre, wozu er nicht verpflichtet wäre. Dafür allerbesten Dank. Interessanteste Seite ist Seite 4 mit den vielen blauen Balken. Diese hat sich über lange Frist nicht verändert. Für das, was der Stadtrat jahrelang als Investitionsstau bezeichnet hat, hat er nun mit Ausnahme des Parkhauses am Hafenbahnhof vom Volk die Zustimmung erhalten. Natürlich ohne die Rechnung dieser freiwilligen Ausgaben bereits zu präsentieren. Diese findet sich eben auf der Seite 4. Da steht: Steuerfuss 64 %, ab dem Jahr 2029 Steuerfuss 67 %. Diese Erhöhung ist sachlogisch nachvollziehbar. Der Thurgauer Souverän hat der klitzekleinen Vereinfachung des Steuersystems zugestimmt, der Liegenschaftensteuer, was nun diesen Effekt bedeutet. Das ist okay, man hätte ihn auch sparen können, aber das ist vom Stadtrat und vom Gemeinderat in dieser politischen Konstellation nicht zu erwarten. Ich bin gespannt, ob alle Gemeinden im Jahr 2029 so reagieren werden. Wir werden es dann sehen. Es geht aber noch weiter. 2031 Steuerfuss 69 %, ab dem Jahr 2033 Steuerfuss 71 %. Das sind nun echte Steuererhöhungen, die direkt auf die Zustimmungen zu den grossen Projekten zurückzuführen sind. Da wird nun die Rechnung präsentiert, und niemand darf sich beschweren, man habe es nicht gewusst, dass all diese Zustimmungen letztlich auch Geld kosten werden. Selbstverständlich ist der Steuerfuss nur ein Teil der Attraktivität, wie GR R. Herzog es in der FRK gesagt hat. Ich habe übrigens die UBS-Studie mittlerweile auch gelesen. Besten Dank für den Tipp. Er ist also nur ein Teil der Attraktivität, die unsere Stadt ausmacht, aber ein wesentlicher. Auf dieser Seite verbergen sich aber nochmals drei Sachen, die auf den ersten Blick nicht unbedingt ersichtlich sind. 1. Ab dem Jahr 2036 soll es konstant Investitionen von CHF 5 Mio. geben. Das sind die kleinen blauen Balken. Bis in alle Ewigkeit also inflationsbereinigt stets sinkende Investitionen. In den letzten 20 Jahren waren die Investitionen ohne die Grossprojekte fast in jedem Jahr höher als CHF 5 Mio. Also notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur, damit nichts verlottert. Und neu sollen diese Infrastrukturen also verlottern. Das ist die Aussage auf Seite 4. Bedenklich. So ist es für mich finanziell zu positiv dargestellt. 2. Der Stadtrat rechnet damit, dass eine Steuerfusserhöhung linear mehr Steuererträge ergibt. Die Steuerrevisionen beim Bund der Unternehmenssteuerreform 1 und 2 zeigen mit Verzögerungen in einigen Jahren später gegenteilige Effekte. Warum? Weil die Menschen auf eine Steuerbelastung reagieren. Ein höherer Steuerfuss bewirkt also keine linear proportionale Erhöhung des Steuerertrags, sondern weit weniger. Also auch dieser Punkt ist zu positiv dargestellt. Es kann sogar zu einer Senkung des Steuerertrags führen, je nachdem wie die Menschen auf den Steuerfuss reagieren. Das wissen wir nicht, aber sicher nicht positiv. Selbstverständlich nur ein Faktor der Attraktivität einer Stadt. 3. Der Stadtrat rechnet damit, dass eine höhere Verschuldung einfach eine linear proportionale Erhöhung der Zinsen mit sich bringt, unter Annahme des gleichen Zinsumfelds. Die Zinslast wird bei gleichen Marktzinsen also überproportional zu den Schulden steigen, weil das Risiko als Gläubiger steigt. Wie viel wissen wir nicht, aber auch dieser Punkt ist zu positiv dargestellt. Schade, dass der Stadtrat diese drei Effekte im Finanzplan nicht thematisiert, aber vielleicht ist es auch gar nicht darum gegangen, das Wahlvolk vor den grossen Abstimmungen zu erschrecken. Diese sind nun vorbei. Das heisst, man könnte das jetzt eigentlich entsprechend ergänzen. Ich würde beliebt machen, das im nächsten Finanzplan zu machen. Ich wäre dem Stadtrat sehr verbunden, wenn er zukünftig den Finanzplan entsprechend anpasst. Vielleicht erkennt dann auch die Mehrheit des Gemeinderats, dass die Party des Geldausgebens vorbei ist und man sich auf das absolut Notwendige besinnt. Der heutige Abend hat leider das Gegenteil gezeigt. Nun ist ein Kassensturz angezeigt. Verzichtsplanung oder Prioritätensetzung – egal, wie man es nennt, aber es wird jetzt Zeit.
GR I. Semeraro: Der vorliegende Finanzplan zeigt, dass in den kommenden Jahren eine grosse finanzielle Herausforderung auf unsere Stadt zukommt. Zahlreiche Grossprojekte und hohe Investitionen

führen zu einem entsprechend hohen Finanzierungsbedarf. Allein für die Jahre 2027 bis 2030 sind Nettoinvestitionen von rund CHF 127 Mio. vorgesehen. Für uns ist daher wichtig, dass bei den Investitionen klare Prioritäten gesetzt werden. Nicht alles, was wünschenswert ist, wird in den nächsten Jahren auch finanzierbar sein. Positiv sehen wir, dass der Stadtrat die Bewirtschaftung des städtischen Liegenschaftenportfolios aktiv angehen will. Die vorgesehenen Devestitionen von rund CHF 24 Mio. sind angesichts des hohen Finanzierungsbedarfs entsprechend wichtig. Kritisch sehen wir auch die auf Seite 4 dargestellte langfristige Finanzentwicklung, wobei GR Salzmann dazu schon alles gesagt hat. Bevor eine Steuererhöhung überhaupt erst zur Diskussion steht, erwarten wir eine vollumfängliche Leistungsüberprüfung und einen klar erkennbaren Sparwillen.
GR Schulthess: Ich kann das von GR Salzmann Gesagte zur Zinsentwicklung noch mit Zahlen unterlegen. Ich habe mit einer KI-Befragung bezüglich Zinsfussentwicklung versucht, ein bisschen Tiefe zu erhalten. Im Moment rechnet der Finanzplan mit 1.75 % Zins. Aber volkswirtschaftlich ist es so, je mehr die Geldmenge ausgeweitet wird, desto mehr muss der bezahlen, der das Geld ausleiht. Man kann also nicht davon ausgehen, dass wir bei den 1.75 % bleiben. Vor allem wenn man auch das europäische Umfeld anschaut. In Deutschland sind wir schon auf 3.6 %, in Amerika bei 4.6 % usw. Wenn wir da einen einzigen Prozentpunkt Mehrkosten auf unsere CHF 82 Mio. rechnen, sind das CHF 800'000 pro Jahr. Das ist etwas, was man wissen muss. Hier hat man die Annahme von 1.75 % getroffen, was vermutlich auf Dauer nicht haltbar ist. Auf den ganzen Bestand sind das 1 bis 2 Steuerprozentpunkte, sagt KI, wenn man eine Zinssteigerung von 1 % hat.

Verschiedenes
4. Verschiedenes

Die Ratspräsidentin: An der Gemeinderatssitzung vom 10. Dezember haben wir keine Traktanden; da können wir uns voll und ganz auf das Weihnachtsessen konzentrieren.

4.1 Fragen zur Jahresrechnung 2025 von Swisspower Renewables

GR Salzmann: SR Beringer hat uns vor der Sommerpause die Jahresrechnung 2025 unseres wunderbaren Millionengrabs Swisspower Renewables zugestellt. Ich habe mir erlaubt, am 21. Juli 2026 der Swisspower Renewables ein paar Fragen zur Jahresrechnung zu stellen. 7 Fragen auf einen A4-Blatt zur Jahresrechnung mit Kopie an den Stadtrat. Der CEO dieser Gesellschaft teilte mir dann mit, er gedenke nicht, diese Fragen zu beantworten. Politisch verheerend. Aktienrechtlich habe ich kein Fragerecht, darauf hat er sich berufen. Das ist soweit korrekt. SR Beringer hat mir am 2. September mitgeteilt, dass er sich um Antworten bemühen werde, was sehr löblich ist. Ich hoffe, dass der CEO seine Meinung dann ändert. SR Beringer hat um Geduld gebeten. Nun sind wir im Oktober, und die Jahresrechnung 2025 ist schon fast museal. Ich verstehe nicht, warum der Stadtrat und der Gemeinderat an diesem Millionengrab festhalten wollen. Aber das Ganze ist schon sehr eigenartig, dass man Fragen seitens dieser Firma nicht beantwortet. Kann der Stadtrat abschätzen, bis wann er die Beantwortung auf meine Fragen erhält? Nochmals, ihr seid nicht schuld, das ist kein Vorwurf.
SR Beringer: Wir sind in Kontakt mit der Geschäftsleitung von Swisspower Renewables. Die Fragen sind über den Verwaltungsrat an die Geschäftsleitung gelangt und werden dann von der Geschäftsleitung wieder über den Verwaltungsrat an Stefan Wehrli zurückgegeben. Mit ihm habe ich bereits vereinbart, dass er nächste Woche nachfragt, bis wann wir mit den Antworten rechnen dürfen. Er macht dort jetzt ein bisschen Druck. Ich bin auch deiner Meinung, es dauert lange, damit bin ich auch nicht einverstanden. Aber wir werden die Antworten liefern.

Sitzungsende: 22.55 Uhr

Geht an

- Mitglieder Gemeinderat
- Personen gemäss separatem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Die Gemeinderatspräsidentin



Der Sekretär



Die Vizepräsidentin



Der Stimmenzähler

